



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 24. und 25. Sitzung, Amtsjahr 2012 - 2013

Mittwoch, den 14. November 2012, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Daniel Goepfert, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Regine Smit, II. Ratssekretärin

Abwesende:

14. November 2012, 09:00 Uhr
24. Sitzung *Sibylle Benz (SP), Baschi Dürr (FDP), Sebastian Frehner (SVP),
Christine Keller (SP), Heiner Vischer (LDP), Christian von Wartburg (SP),
André Weissen (CVP).*

14. November 2012, 15:00 Uhr
25. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Sibylle Benz (SP), Beat Fischer (EVP/DSP),
Sebastian Frehner (SVP), Heiner Vischer (LDP),
Christian von Wartburg (SP), Aeneas Wanner (GLP),
André Weissen (CVP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|----|--|---|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung | 3 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte | 3 |
| 3. | Wahl eines Statthalters für den Rest des Amtsjahres 2012 / 2013 (Nachfolge für Daniel Stolz) | 4 |
| 4. | Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 11.1041.01 betreffend Revision des Denkmalschutzgesetzes und des Bau- und Planungsgesetzes sowie Bericht zu zwei Motionen und zwei Anzügen | 5 |
| 5. | Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ausgabenbericht Nr. 12.1002.01 betreffend Ausgabenbewilligung für Massnahmen zur Kapazitätserweiterung an der Berufsfachschule Basel (BFS), Kohlenberggasse 11 | 7 |
| 6. | Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag 12.1070.01 betreffend Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes (BehiG) auf dem Tramnetz des Kantons Basel-Stadt. Ausgabenbewilligung für die Projektierung von Anpassungen der Allmendinfrastruktur und Finanzierung der notwendigen Fahrzeugumbauten der BVB sowie Bericht zu einem Anzug | 8 |

7.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag Nr. 12.1031.01 betreffend Stärkung der Standortförderung, Umwidmung von Mitteln des Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu Gunsten des Standortförderungsfonds sowie Änderung des Standortförderungsgesetzes	10
8.	Ratschlag betreffend Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz; EG FamZG)	11
9.	Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2011	14
11.	Motionen 1 - 4	14
10.	Neue Interpellationen	16
11.	Motionen 1 - 4 (Fortsetzung)	18
12.	Anzüge 1 - 21	20
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	27
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	31
	Anhang C: Neue Vorstösse	33

Beginn der 24. Sitzung

Mittwoch, 14. November 2012, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[14.11.12 09:00:28, MGT]

Mitteilungen

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Neue Interpellationen

Es sind elf neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 102, 103, 107, 108 und 109 werden mündlich beantwortet.

Tag der Kinderrechte

Am Dienstag, 20. November ist der Tag der Kinderrechte. Das Kinderbüro Basel hat dazu mit Kindern Postkarten zu diesem Anlass gestaltet. Vertreterinnen des Kinderbüros haben nun im Vorzimmer eine Anzahl solcher Karten auflegen lassen, wo sich Interessierte gerne bedienen können. Wir danken dem Kinderbüro herzlich für diese sympathische Aktion.

Bewilligung für Bildaufnahmen

Frank Egle hat von mir die Erlaubnis erhalten, heute im Grossratssaal Bildaufnahmen zu machen.

Veranstaltung der Kulturgruppe

Die Kulturgruppe trifft sich heute um 18.15 Uhr im Historischen Museum am Barfüsserplatz.

Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[14.11.12 09:02:50, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend Lohngleichheit zwischen Frau und Mann (stehen lassen), (PD, 08.5056.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Verlängerung der BVB-Buslinie 38 nach Hegenheim (stehen lassen), (BVD, 10.5241.02)

3. Wahl eines Statthalters für den Rest des Amtsjahres 2012 / 2013 (Nachfolge für Daniel Stolz)

[14.11.12 09:03:17, 12.5306, WG1]

Die Fraktion LDP schlägt als Statthalter des Grossen Rates für den Rest des Amtsjahres Amtsjahr 2012/2013 Conradin Cramer (LDP) vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Als Mitglieder des Wahlbüros werden vorgeschlagen:

Chef: Michael Wüthrich (GB), Sektoren I+V: Markus Lehmann (CVP), Sektor II: Sämi Wyss (SVP), Sektor III: Sabine Suter (SP), Sektor IV: Beat Fischer (EVP/DSP). Sekretariat: Sabine Canton (Parlamentsdienst).

Der Grosse Rat genehmigt

stillschweigend das vorgeschlagene Wahlbüro.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Wahlergebnis

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	87
Eingegangene Wahlzettel	87
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	87
Absolutes Mehr	44
Gewählt ist:	
Conradin Cramer (LDP), mit	83 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	2
Leere Stimmen	2

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: ich gratuliere Conradin Cramer zur glanzvollen Wahl, wünsche ihm viel Erfolg, Freude und Befriedigung im neuen Amt und bitte ihn, den Platz des Statthalters einzunehmen.

4. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 11.1041.01 betreffend Revision des Denkmalschutzgesetzes und des Bau- und Planungsgesetzes sowie Bericht zu zwei Motionen und zwei Anzügen

[14.11.12 09:19:56, BRK, BVD, 11.1041.02 10.5035.05 09.5007.04 06.5387.05 07.5307.04, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 11.1041.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Thomas Grossenbacher (GB); Giovanni Nanni (FDP); Esther Weber Lehner (SP); Roland Lindner (SVP); Patricia von Falkenstein (LDP); Beatrice Alder Finzen (GB)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I.

Gesetz über den Denkmalschutz

§§ 2, 2a, 3 und 3a

Antrag

Die Fraktion GB **beantragt**, § 4 Abs. 1^{bis} wie folgt einzufügen:

Durch sachdienliche Öffentlichkeitsarbeit fördern sie die Wertschätzung des Denkmalschutzes in der Bevölkerung und schaffen Verständnis bei den betroffenen Eigentümerschaften für Schutzwürdigkeit und Erhalt der Denkmäler sowie für den nachhaltigen Umgang mit archäologischen und naturgeschichtlichen Fundstellen.

Die Kommission beantragt, auf die Einfügung von § 4 Abs. 1^{bis} zu verzichten.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion GB, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 127, 14.11.12 09:46:29]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der Fraktion GB **zuzustimmen**.

§ 4 Abs. 1^{bis} lautet wie folgt: Durch sachdienliche Öffentlichkeitsarbeit fördern sie die Wertschätzung des Denkmalschutzes in der Bevölkerung und schaffen Verständnis bei den betroffenen Eigentümerschaften für Schutzwürdigkeit und Erhalt der Denkmäler sowie für den nachhaltigen Umgang mit archäologischen und naturgeschichtlichen Fundstellen.

Detailberatung

§ 11 Abs. 3bis

§§ 14, 15 samt Titel und 16 samt Titeln

neuer § 16a samt Titel

§ 21 wird aufgehoben

§ 22 samt Titel

§ 24 Abs. 2

neue §§ 24a und 24b samt Titel

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: § 24a Abs. 3 wird gestrichen; Abs. 4 wird zu Abs. 3. Der Präsident der Bau- und Raumplanungskommission hat in seinem Eintretensvotum darauf hingewiesen.

Detailberatung

§ 30

Römisch II. Änderung anderer Erlasse

Bau- und Planungsgesetz

§ 37 Abs. 4

§ 37 Abs. 4bis und 4ter

Römisch III.

Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 128, 14.11.12 09:48:31]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Den Änderungen des Gesetzes über den Denkmalschutz vom 20. März 1980 und des Bau- und Planungsgesetzes (BPG) vom 17. November 1999 wird zugestimmt.

Diese Änderungen sind zu publizieren. Sie unterliegen dem Referendum. Der Regierungsrat bestimmt nach Eintritt der Rechtskraft den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Die Änderungen sind im Kantonsblatt Nr. 89 vom 17. November 2012 publiziert.
--

Die Kommission beantragt, die folgenden Vorstösse als erledigt abzuschreiben:

- Anzug Conradin Cramer und Konsorten betreffend Überprüfung des Denkmalschutzgesetzes (06.5387);
- Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Überprüfung und Aktualisierung der Denkmalschutzgesetzgebung (10.5035);
- Motion Andreas C. Albrecht und Konsorten betreffend Zulassung von Sonnenkollektoren auf Hausdächern in der Stadt- und Dorfbildschutzzone (09.5007);
- Anzug Peter Malama und Konsorten betreffend Energieeffizienz auch beim Denkmalschutz (07.5307).

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Conradin Cramer und Konsorten betreffend Überprüfung des Denkmalschutzgesetzes (06.5387) als erledigt **abzuschreiben**.

Der Anzug 06.5387 ist **erledigt**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Überprüfung und Aktualisierung der Denkmalschutzgesetzgebung (10.5035) als erledigt **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5035 ist **erledigt**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion Andreas C. Albrecht und Konsorten betreffend Zulassung von Sonnenkollektoren auf Hausdächern in der Stadt- und Dorfbildschutzzone (09.5007) als erledigt **abzuschreiben**.

Der Anzug 09.5007 ist **erledigt**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Peter Malama und Konsorten betreffend Energieeffizienz auch beim Denkmalschutz (07.5307) als erledigt **abzuschreiben**.

Der Anzug 07.5307 ist **erledigt**.

5. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ausgabenbericht Nr. 12.1002.01 betreffend Ausgabenbewilligung für Massnahmen zur Kapazitätserweiterung an der Berufsfachschule Basel (BFS), Kohlenberggasse 11

[14.11.12 09:49:40, BKK, BVD, 12.1002.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.1002.02 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt CHF 586'100 zu bewilligen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigiger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 129, 14.11.12 09:54:12]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Massnahmen zur Kapazitätserweiterung in der Berufsfachschule Basel (BFS), Kohlenberggasse 11, wird die dazu erforderliche Ausgabenbewilligung in der Höhe von CHF 586'100, inkl. MwSt. 8 %, zu Lasten der Rechnungen 2012 (CHF 50'000), 2013 (CHF 400'000) und 2014 (CHF 136'100), Investitionsbereich "Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung" (Pos. 420128856001) Finanzdepartement, Immobilien Basel-Stadt, erteilt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag 12.1070.01 betreffend Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes (BehiG) auf dem Tramnetz des Kantons Basel-Stadt. Ausgabenbewilligung für die Projektierung von Anpassungen der Allmendinfrastruktur und Finanzierung der notwendigen Fahrzeugumbauten der BVB sowie Bericht zu einem Anzug

[14.11.12 09:54:37, UVEK, BVD, 12.1070.02 11.5146.03, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.1070.02 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt CHF 12'395'000 zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Christian Egeler (FDP); Remo Gallacchi (CVP); Stephan Luethi (SP); Martina Bernasconi (GLP)*

Einzelvoten

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Thomas Mall (LDP); Urs Müller-Walz (GB); Bruno Jagher (SVP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Zwischenfrage

Voten: *Urs Müller-Walz (GB); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Zwischenfrage

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Umsetzung des BehiG auf dem Tramnetz

Ziffer 2, Anpassungen und Umbauten an den Fahrzeugen der BVB

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 8 Nein, 3 Enthaltungen. [*Abstimmung # 130, 14.11.12 10:39:24*]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für die Projektierung von Massnahmen zur Umsetzung des BehiG auf dem Tramnetz des Kantons Basel-Stadt werden unter Einbezug von Massnahmen zur Sicherheit der Velofahrenden im Bereich der Kaphaltestellen Ausgaben von CHF 1'460'000 zu Lasten der Investitionsrechnung des BVD, Investitionsbereich 2 "Öffentlicher Verkehr", Position 6510.300.200.30, Städtebau & Architektur, und für Grundlagenarbeit zur Umsetzung des BehiG auf dem Tramnetz des Kantons Basel-Stadt Ausgaben von CHF 4'635'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des BVD, Planungspauschale, Kostenstelle 6018700, Kostenart 313.000 bewilligt.
2. Für die Anpassungen und Umbauten an den Fahrzeugen der BVB sowie die Errichtung einer Versuchshaltestelle wird eine Ausgabe (à fonds perdu Kredit gem. §§ 16, 17 BVB: OG) von total CHF 6'300'000 (Preisbasis: Nordwestschweizer Baukostenindex Tiefbau, April 2011, 106.3 Punkte) bewilligt. Die Kosten verteilen sich wie folgt:
 - CHF 6'000'000 für Anpassungen und Umbauten an Fahrzeugen der BVB zu Lasten der Investitionsrechnung des BVD, Investitionsbereich 2 "Öffentlicher Verkehr", 6618.500.51404
 - CHF 300'000 für die Errichtung einer Versuchshaltestelle zu Lasten der Investitionsrechnung des BVD, Investitionsbereich 2 "Öffentlicher Verkehr", 6618.500.51307

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, den Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen für Velofahrer an Kaphaltestellen (11.5146) **stehen zu lassen**.

Die Fraktion FDP beantragt, den Anzug **abzuschreiben**.

Abstimmung

JA heisst stehen lassen [Antrag der Kommission], NEIN heisst abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 33 Nein. [Abstimmung # 131, 14.11.12 10:40:29]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 11.5146 **stehen zu lassen.**

7. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag Nr. 12.1031.01 betreffend Stärkung der Standortförderung, Umwidmung von Mitteln des Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu Gunsten des Standortförderungsfonds sowie Änderung des Standortförderungsgesetzes

[14.11.12 10:40:49, WAK, WSU, 12.1031.02, BER]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.1031.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Patrick Hafner (SVP)*

Voten: *Elisabeth Ackermann (GB); Christine Keller (SP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten.**

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I. Standortförderungsgesetz

§ 5 Abs. 3 lit. a)

Antrag

Die Fraktion SVP beantragt, in § 5 Abs. 3 lit. a und § 7 Abs. 1 die Zuweisung auf **CHF 1'000'000** zu reduzieren.

Die Kommission beantragt CHF 2'000'000.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion SVP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags.

Ergebnis der Abstimmung

13 Ja, 69 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 132, 14.11.12 10:59:30]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SVP **abzulehnen**.

Detailberatung

neuer Titel IIa sowie neuer § 7

Römisch II. Änderung anderer Erlasse

Gesetz betreffend den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

§ 3 Abs. 2

§ 6b.

Römisch III. Publikations- und Referendumsklausel, Wirksamkeit

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 133, 14.11.12 11:00:43]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Den Änderungen des Standortförderungsgesetzes vom 29. Juni 2006 und des Gesetzes betreffend den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom 6. Dezember 1995 wird zugestimmt.

Diese Änderungen sind zu publizieren. Sie unterliegen dem Referendum und werden nach Eintritt der Rechtskraft sofort wirksam.

Die Änderungen sind im Kantonsblatt Nr. 89 vom 17. November 2012 publiziert.
--

8. Ratschlag betreffend Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz; EG FamZG)

[14.11.12 11:00:59, WAK, WSU, 12.1429.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.1429.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Fraktionsvoten

Christoph Wylder (EVP/DSP): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Urs Müller-Walz (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Urs Müller-Walz (GB); Dieter Werthemann (GLP); Urs Müller-Walz (GB)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung

Ergebnis der Abstimmung

4 Ja, 65 Nein. [Abstimmung # 134, 14.11.12 11:15:56]

Der Grosse Rat beschliesst

den Rückweisungsantrag der Fraktion EVP/DSP **abzulehnen**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I.

Einführungsgesetz zum Familienzulagengesetz

§ 3

Antrag

Die Fraktionen GB und SP beantragen, in den §§ 3, 5, 10, 16, 18, 28, 29 und 33 jeweils den Begriff *Arbeitgeber* durch den Begriff *Arbeitgebenden* zu ersetzen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktionen GB und SP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags.

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 39 Nein. [*Abstimmung # 135, 14.11.12 11:17:31*]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der Fraktionen GB und SP **zuzustimmen**.

In den §§ 3, 5, 10, 16, 18, 28, 29 und 33 ist jeweils der Begriff *Arbeitgeber* durch den Begriff *Arbeitgebenden* zu ersetzen.

Detailberatung

§ 5

§ 6

§ 7

§ 8

§ 9

§ 10

§ 13 Abs. 1

§ 14

§ 16 Abs. 1 lit. b

§ 18 lit. a, b und lit. f

§ 20 Abs. 1 lit. a

§ 25 Abs. 3 und 4

§ 28 Abs. 2

§ 29

§ 33 [*§ 33 bleibt aufgrund des Entscheids zum Antrag GB / SP unverändert*]

Römisch II. Publikations- und Referendumsklausel, Wirksamkeit

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 136, 14.11.12 11:18:57*]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz; EG FamZG) vom 4. Juni 2008 wird zugestimmt.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft per 1. Januar 2013 wirksam.

Die Änderung ist im Kantonsblatt Nr. 89 vom 17. November 2012 publiziert.

9. Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2011

[14.11.12 11:19:14, BKK, ED, 12.1352.01, BER]

Der Regierungsrat beantragt, auf den Bericht 12.1352.01 einzutreten und ihn zu genehmigen.

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Im Kantonalen Gesetz über die Berufsbildung (§ 40e) ist festgehalten, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat jährlich über die Lehrstellensituation Bericht erstattet. Damit hat der Grosse Rat den Bericht lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt ebenfalls Kenntnisnahme.

Voten: *Maria Berger-Coenen, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission; Roland Engeler-Ohnemus (SP); Oswald Inglin (CVP); Heidi Mück (GB)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Damit haben Sie den Lehrstellenbericht 2011 zur Kenntnis genommen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Bericht **zur Kenntnis zu nehmen**.

Das Geschäft 12.1353 ist **erledigt**.

11. Motionen 1 - 4

[14.11.12 11:48:12]

1. Motion Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Anpassung von § 36 Gastgewerbegesetz - Lösung für eine liberalere kantonale Praxis bei der Abendruhe

[14.11.12 11:48:12, WSU, 12.5244.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 12.5244 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 12.5244 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Besteuerung der Einelternfamilien

[14.11.12 11:48:39, FD, 12.5252.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 12.5252 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Helmut Hersberger (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Tanja Soland (SP); Elisabeth Ackermann (GB); Christine Keller (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Christine Keller (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 137, 14.11.12 11:58:14]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 12.5252 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

Schluss der 24. Sitzung

11:58 Uhr

Beginn der 25. Sitzung

Mittwoch, 14. November 2012, 15:00 Uhr

Mitteilung

Rücktritt einer Richterin am Sozialversicherungsgericht

Susanne Afheldt hat am 13. November 2012 ihren Rücktritt als Richterin des Sozialversicherungsgerichts per 31. Dezember 2012 erklärt.

Die gesetzliche Frist von sechs Monaten gemäss § 81a GOG wird nicht eingehalten. Der Grosse Rat hat die vorzeitige Beendigung des Amtes zu bewilligen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, dem Rücktrittsgesuch per 31. Dezember 2012 zuzustimmen.

Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ansetzung der Ersatzwahl.

10. Neue Interpellationen

[14.11.12 15:01:06]

Interpellation Nr. 102 Rudolf Vogel betreffend Einsatz der Mobilen Abfallpolizei in Basel-Stadt

[14.11.12 15:01:06, WSU, 12.5297.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 103 Sebastian Frehner betreffend der Unternehmensbesteuerung im Kanton Basel-Stadt

[14.11.12 15:01:35, FD, 12.5298.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Der Interpellant ist abwesend.

Die Interpellation 12.5298 ist **erledigt**.

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: in diesem Zusammenhang ermahne ich die Fraktionen dafür zu sorgen, dass die Interpellantinnen und Interpellanten anwesend sind, wenn ihre Interpellationen mündlich beantwortet werden. Falls dies nicht möglich sein sollte, ist das Präsidium zu orientieren.

Besuch auf der Zuschauertribüne

Der Präsident begrüsst auf der Tribüne eine Klasse der Berufsfachschule der Coiffeure und Coiffeusen in Begleitung ihres Lehrers, Herr Thomann, zu einem Unterricht in Staatskunde-live [*Applaus*].

Interpellation Nr. 104 Thomas Mall betreffend ausstehende Verkehrsbussen von Fahrern mit Wohnsitz im Schengenraum

[14.11.12 15:08:37, JSD, 12.5307.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Thomas Mall (LDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 12.5307 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 105 Christine Heuss betreffend Medienausbildungszentrum (MAZ) nach Basel

[14.11.12 15:15:14, WSU, 12.5320.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 106 Christoph Wydler betreffend Grösse des Overheads im Erziehungsdepartement

[14.11.12 15:15:26, ED, 12.5323.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 107 Eduard Rutschmann betreffend keine Asylunterkunft auf dem Rhein

[14.11.12 15:15:41, WSU, 12.5324.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Eduard Rutschmann (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 12.5324 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 108 Emmanuel Ullmann zur Zusammenarbeit mit nigerianischen Polizisten in der Schweiz

[14.11.12 15:22:24, JSD, 12.5325.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Emmanuel Ullmann (GLP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 12.5325 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 109 Roland Engeler-Ohnemus betreffend Zukunft der S6

[14.11.12 15:27:25, BVD, 12.5326.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Roland Engeler-Ohnemus (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 12.5326 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 110 Patrick Hafner betreffend Baustellenlärm auch über Mittag

[14.11.12 15:32:27, BVD, 12.5327.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

Interpellation Nr. 111 Ernst Mutschler betreffend Informations-Broschüre der Fachstelle Stadtteilentwicklung

[14.11.12 15:34:30, PD, 12.5328.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 112 Brigitta Gerber zur Verleumdung von schweizerischen Universitätsprofessoren und -professorinnen durch die Weltwoche im Oktober 2012

[14.11.12 15:34:44, ED, 12.5329.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Brigitta Gerber (GB)*

11. Motionen 1 - 4 (Fortsetzung)

[14.11.12 15:36:28]

3. Motion Markus Lehmann und Konsorten betreffend Videoüberwachung im öffentlichen Raum

[14.11.12 15:36:28, JSD, 12.5253.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 12.5253 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Dieter Werthemann (GLP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Kerstin Wenk (SP); Markus Lehmann (CVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Kerstin Wenk (SP); Markus Lehmann (CVP); David Wüest-Rudin (GLP); Markus Lehmann (CVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

[Die Abstimmung wurde wiederholt, weil zwei Geräte nicht funktionierten].

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 48 Nein. [Abstimmung # 139, 14.11.12 15:49:17]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 12.5253 ist **erledigt**.

4. Motion Lukas Engelberger und Konsorten für eine Härtefallregelung bei der Eigenmietwertbesteuerung

[14.11.12 15:49:29, FD, 12.5263.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 12.5263 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Andreas Zappalà (FDP); Patrick Hafner (SVP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Christine Keller (SP); Lukas Engelberger (CVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 45 Nein, 9 Enthaltungen. [Abstimmung # 140, 14.11.12 16:03:55]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 12.5263 ist **erledigt**.

12. Anzüge 1 - 21

[14.11.12 16:04:14]

1. Anzug Lorenz Nägelin für ein zukunftsweisendes Spitalkonzept betreffend Universitätsspital beider Basel

[14.11.12 16:04:14, GD, 12.5232.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5232 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 12.5232 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

2. Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten für eine schnellere Verbindung zwischen Basel SBB und Riehen

[14.11.12 16:04:44, BVD, 12.5245.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5245 entgegenzunehmen.

Heinrich Ueberwasser (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Emmanuel Ullmann (GLP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

22 Ja, 51 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 141, 14.11.12 16:18:28]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 12.5245 ist **erledigt**.

3. Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Einführung einer Bioabfall-Abfuhr und einer Energiegewinnung durch Vergärung

[14.11.12 16:18:38, WSU, 12.5246.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5246 entgegenzunehmen.

Samuel Wyss (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Emmanuel Ullmann (GLP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 13 Nein. [Abstimmung # 142, 14.11.12 16:21:34]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5246 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

4. Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Roger Federer Arena statt St. Jakobs Halle

[14.11.12 16:21:46, ED, 12.5247.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5247 entgegenzunehmen.

Toni Casagrande (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Martina Bernasconi (GLP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Martina Bernasconi (GLP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

22 Ja, 39 Nein, 9 Enthaltungen. [Abstimmung # 143, 14.11.12 16:28:19]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 12.5247 ist **erledigt**.

5. Anzug André Auderset und Heidi Mück betreffend ÖV zum Dreiländereck

[14.11.12 16:28:32, BVD, 12.5250.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5250 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 12.5250 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Sicherheit in Basel (Tröten gegen Kröten!)

[14.11.12 16:28:53, JSD, 12.5254.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5254 entgegenzunehmen.

Toni Casagrande (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Thomas Mury (LDP); Martina Bernasconi (GLP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 34 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 144, 14.11.12 16:39:52]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5254 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

7. Anzug Christoph Wydler und Konsorten betreffend gerechte Unterstützung für Betreuungsaufgaben für alle Familien

[14.11.12 16:40:11, FD, 12.5255.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 12.5255 entgegenzunehmen.

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Christoph Wydler (EVP/DSP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

25 Ja, 50 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 145, 14.11.12 16:47:56]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 12.5255 ist **erledigt**.

8. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Wohnen im Hafen am Klybeckquai rasch ermöglichen

[14.11.12 16:48:07, BVD, 12.5256.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5256 entgegenzunehmen.

Heidi Mück (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *André Auderset (LDP); Mirjam Ballmer (GB); Roland Lindner (SVP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Zwischenfrage

Voten: *Mirjam Ballmer (GB); David Wüest-Rudin (GLP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 28 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 146, 14.11.12 17:04:52]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5256 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

9. Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Überprüfung der Organisationsform und Struktur der fünf Basler Gymnasien

[14.11.12 17:05:07, ED, 12.5257.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5257 entgegenzunehmen.

Lukas Engelberger (CVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Urs Müller-Walz (GB); Doris Gysin (SP); David Wüest-Rudin (GLP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Heidi Mück (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Lukas Engelberger (CVP); Heidi Mück (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 32 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 147, 14.11.12 17:23:23]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5257 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

10. Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Kauf der Jäger- und Sandgrubenstrasse im Rosental-Areal sowie deren Öffnung für den Fuss- und Veloverkehr

[14.11.12 17:23:35, BVD, 12.5258.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5258 entgegenzunehmen.

Bruno Jagher (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Kerstin Wenk (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 12 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 148, 14.11.12 17:26:08]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5258 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

11. Anzug Ursula Metzger Junco P. und Konsorten betreffend Einbezug der Kosten eines Umweltschutzabos in die Bedarfsberechnung von Menschen, die Nothilfe beziehen und von sozialhilfeabhängigen Asylbewerbern in laufenden Asylverfahren

[14.11.12 17:26:19, WSU, 12.5259.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5259 entgegenzunehmen.

Thomas Mall (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Jürg Meyer (SP); Sibel Arslan (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Sibel Arslan (GB)*

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Ursula Metzger Junco (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *André Auderset (LDP); Ursula Metzger Junco (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 41 Nein. [Abstimmung # 149, 14.11.12 17:41:12]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5259 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

12. Anzug Lorenz Nägelin betreffend Express-Asylverfahren

[14.11.12 17:41:27, JSD, 12.5264.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5264 entgegenzunehmen.

Brigitta Gerber (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Daniel Stolz (FDP); Tanja Soland (SP); André Auderset (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Brigitta Gerber (GB); André Auderset (LDP)*

Voten: *Lorenz Nägelin (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 42 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 150, 14.11.12 17:55:00]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 12.5264 ist **erledigt**.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Patrick Hafner betreffend Plakate der Kriminalprävention (12.533).
- Schriftliche Anfrage Patrick Hafner betreffend Stimm- und Wahlcouverts (12.5534).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der 25. Sitzung

17:55 Uhr

Basel, 14. November 2012

Daniel Goepfert
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 127 - 141	127	128	129	130	131	132	133	134	135	136	137	139	140	141
1	Otto Schmid (SP)	J	J	A	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
2	Philippe Macherel (SP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
3	Ursula Metzger Junco (SP)	J	J	A	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
4	Beatriz Greuter (SP)	J	J	A	J	J	N	J	N	J	A	J	A	N	N
5	Francisca Schiess (SP)	N	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
6	Sibylle Benz (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
7	Mehmet Turan (SP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
8	Dominique König (SP)	E	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
9	Patrick Hafner (SVP)	J	J	J	N	N	J	J	A	N	J	N	N	E	E
10	Lorenz Nägelin (SVP)	N	J	J	J	N	J	J	N	N	J	N	J	J	N
11	Roland Lindner (SVP)	J	J	J	A	A	A	J	A	N	J	N	J	E	N
12	Bruno Jagher (SVP)	J	J	J	J	N	J	J	N	N	J	N	J	J	N
13	Baschi Dürr (FDP)	A	A	A	J	N	N	J	A	A	A	N	N	J	J
14	Christine Heuss (FDP)	N	J	J	J	N	A	A	N	N	J	N	J	J	A
15	Christophe Haller (FDP)	A	A	A	J	N	N	J	N	N	J	N	J	J	N
16	Ernst Mutschler (FDP)	N	J	J	J	N	N	J	N	N	J	N	J	J	J
17	Michael Wüthrich (GB)	J	J	J	J	J	N	J	A	J	J	J	N	N	N
18	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
19	Elisabeth Ackermann (GB)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	A
20	Andreas Albrecht (LDP)	N	J	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
21	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	A	J	N	N	J	N	N	J	A	J	J	J
22	Thomas Mall (LDP)	J	J	J	E	J	N	J	N	N	J	N	J	E	A
23	Oswald Inglin (CVP)	N	J	J	J	J	N	J	A	N	J	J	J	J	A
24	Lukas Engelberger (CVP)	N	J	J	J	J	N	J	N	N	J	J	J	J	A
25	Aeneas Wanner (GLP)	A	A	A	A	A	N	J	A	N	J	J	A	A	A
26	Dieter Werthemann (GLP)	N	J	J	J	J	N	J	N	N	J	J	N	J	J
27	Beat Fischer (EVP/DSP)	A	A	J	J	N	E	J	J	N	J	J	A	A	A
28	Tobit Schäfer (SP)	N	J	A	J	A	N	J	A	J	J	A	A	N	A
29	Jörg Vitelli (SP)	J	J	A	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
30	Daniel Goepfert (SP)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
31	Doris Gysin (SP)	J	J	J	J	J	N	J	A	A	J	J	N	N	N
32	Christian von Wartburg (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
33	Greta Schindler (SP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	A	N	N	N
34	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
35	Maria Berger (SP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
36	Ruth Widmer (SP)	N	J	A	J	J	N	J	N	J	A	J	N	N	N
37	Andrea Bollinger (SP)	A	J	A	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
38	Esther Weber (SP)	N	J	A	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
39	Stephan Luethi (SP)	N	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
40	Brigitte Heilbronner (SP)	N	J	A	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
41	Sibel Arslan (GB)	J	J	A	J	J	N	A	N	J	J	J	N	N	J
42	Jürg Stöcklin (GB)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	E	A
43	Brigitta Gerber (GB)	J	J	J	J	J	N	J	A	J	J	J	N	N	N
44	Beatrice Alder (GB)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
45	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	N	N	N
46	Sebastian Frehner (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
47	Felix Meier (CVP)	N	J	J	A	A	A	A	A	A	A	A	J	J	A
48	Alexander Gröflin (SVP)	A	A	A	N	N	J	J	N	N	J	N	J	J	N
49	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	E	E	N	J	J	N	N	E	A	J	E	N
50	Helen Schai (CVP)	N	J	J	J	J	N	J	A	A	A	J	J	J	J
51	Markus Lehmann (CVP)	N	J	J	J	A	N	J	N	N	J	J	J	J	N
52	André Weissen (CVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
53	Daniel Stolz (FDP)	N	J	A	J	N	N	J	A	J	J	J	J	J	A
54	Christian Egeler (FDP)	N	J	J	J	N	N	J	N	J	J	E	J	J	J
55	Emmanuel Ullmann (GLP)	N	J	J	J	J	A	A	A	A	A	A	N	J	J

Sitz	Abstimmungen 142 - 150	142	143	144	145	146	147	148	149	150
1	Otto Schmid (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N
2	Philippe Macherel (SP)	J	A	J	N	J	J	J	J	N
3	Ursula Metzger Junco (SP)	J	N	J	A	J	J	J	J	N
4	Beatriz Greuter (SP)	J	E	N	N	A	J	J	J	N
5	Francisca Schiess (SP)	J	A	A	N	J	J	J	J	N
6	Sibylle Benz (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
7	Mehmet Turan (SP)	J	N	J	N	J	J	A	J	N
8	Dominique König (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N
9	Patrick Hafner (SVP)	N	J	A	J	N	N	N	N	J
10	Lorenz Nägelin (SVP)	N	N	N	J	N	N	N	N	J
11	Roland Lindner (SVP)	N	N	N	A	N	N	N	N	J
12	Bruno Jagher (SVP)	N	N	N	J	N	N	N	N	J
13	Baschi Dürr (FDP)	J	E	A	A	N	E	A	N	J
14	Christine Heuss (FDP)	A	J	J	J	J	J	J	N	E
15	Christophe Haller (FDP)	A	A	A	A	E	A	A	N	J
16	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J
17	Michael Wüthrich (GB)	J	N	J	N	A	N	A	J	N
18	Patrizia Bernasconi (GB)	J	N	J	N	N	J	J	J	N
19	Elisabeth Ackermann (GB)	J	N	A	N	J	J	J	J	N
20	Andreas Albrecht (LDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
21	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	A	N	N	N	A	A	A	A
22	Thomas Mall (LDP)	A	A	N	N	N	N	J	N	J
23	Oswald Inglin (CVP)	J	J	N	J	E	N	A	A	N
24	Lukas Engelberger (CVP)	A	A	A	A	J	N	E	N	N
25	Aeneas Wanner (GLP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
26	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	J	J	A	N	A	N	J
27	Beat Fischer (EVP/DSP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
28	Tobit Schäfer (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
29	Jörg Vitelli (SP)	J	N	J	N	E	J	J	J	N
30	Daniel Goepfert (SP)	P	P	P	P	P	P	P	P	P
31	Doris Gysin (SP)	J	A	A	N	E	J	J	J	N
32	Christian von Wartburg (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
33	Greta Schindler (SP)	J	A	A	N	J	J	J	J	N
34	Jürg Meyer (SP)	J	E	J	N	E	J	J	J	N
35	Maria Berger (SP)	J	E	J	N	J	J	A	J	A
36	Ruth Widmer (SP)	J	J	J	A	A	J	J	J	A
37	Andrea Bollinger (SP)	J	N	J	N	J	J	A	J	A
38	Esther Weber (SP)	J	J	A	N	J	J	J	J	A
39	Stephan Luethi (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N
40	Brigitte Heilbronner (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N
41	Sibel Arslan (GB)	J	J	J	N	J	J	J	J	N
42	Jürg Stöcklin (GB)	A	A	E	N	J	J	J	J	N
43	Brigitta Gerber (GB)	J	N	J	N	N	J	J	J	N
44	Beatrice Alder (GB)	J	N	N	N	N	A	J	J	N
45	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J	N	J	J	J	J	N
46	Sebastian Frehner (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
47	Felix Meier (CVP)	A	A	A	A	J	N	A	A	A
48	Alexander Gröflin (SVP)	A	N	E	J	J	A	N	N	J
49	Andreas Ungricht (SVP)	N	N	E	J	N	N	N	N	J
50	Helen Schai (CVP)	A	N	N	J	J	J	J	N	N
51	Markus Lehmann (CVP)	J	N	N	N	N	N	E	N	N
52	André Weissen (CVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
53	Daniel Stolz (FDP)	J	J	J	E	E	N	J	N	J
54	Christian Egeler (FDP)	A	A	N	J	A	N	A	N	A
55	Emmanuel Ullmann (GLP)	J	J	J	A	A	A	A	A	A

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen

	Komm.	Dep.	Dokument
1. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag 12.1070.01 betreffend Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes (BehiG) auf dem Tramnetz des Kantons Basel-Stadt. Ausgabenbewilligung für die Projektierung von Anpassungen der Allmendinfrastruktur und Finanzierung der notwendigen Fahrzeugumbauten der BVB sowie Bericht zu einem Anzug	UVEK	BVD	12.1070.02 11.5146.03
2. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ausgabenbericht Nr. 12.1002.01 betreffend Ausgabenbewilligung für Massnahmen zur Kapazitätserweiterung an der Berufsfachschule Basel (BFS), Kohlenberggasse 11	BKK	BVD	12.1002.02
3. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Änderung des Lohngesetzes: Kein Lohn unter CHF 4'000 beim Kanton		FD	11.5182.03
4. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Wirz-von Planta betreffend Konzept zur Schaffung eines mehrkantonalen Raums Nordwestschweiz		PD	09.5219.03
5. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Heuss und Konsorten betreffend Bewerbung Basels als Kulturhauptstadt Europas		PD	09.5192.03
6. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Marc Flückiger und Konsorten betreffend einem kantonalen Suchthilfegesetz		GD	96.5141.07
7. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Ernst Mutschler und Konsorten betreffend mehr private Leistungserbringer in der Prävention sowie Christine Locher-Hoch betreffend Gesundheitsförderung und Prävention der Gesundheitsdienste		GD	10.5197.02 10.5198.02
8. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Salome Hofer und Konsorten betreffend Sportstättenplanung		ED	10.5139.02

Überweisung an Kommissionen

9. Petition P301 "Für mehr Wohn- und Lebensqualität für unsere Bürger im Kleinbasel!"	PetKo		12.1625.01
10. Petition P302 "Rhein-Tram"	PetKo		12.5279.01
11. Petition P303 "Nein zum Gundeli-Tunnel und zum Zerschneiden des Gundeli. Mittel sinnvoll verwenden!"	PetKo		12.5310.01
12. Petition P304 "Für härtere Mindeststrafen bei Sexualdelikten"	PetKo		12.5311.01
13. Petition P305 "Wieder mehr Ruhe und Wohnqualität an der Feldbergstrasse!"	PetKo		12.5312.01
14. Petition P306 "Projekt Um- und Neugestaltung Wielandplatz in Basel"	PetKo		12.5313.01
15. Bericht des Regierungsrates zur kantonalen Volksinitiative "Gebührenfreies und faires Mietverfahren für alle!"	JSSK	PD	11.1966.03
16. Bericht Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt bis zum Betrag von CHF 4'000'000'000	FKom	FD	12.1631.01
17. Ausgabenbericht Ausgabenbewilligung für Subventionen an das Blaue Kreuz Basel-Stadt für die Jahre 2013 und 2014	GSK	GD	12.0741.01
18. Ratschlag Bewilligung von Subventionen an den Zoo Basel (Zoologischer Garten Basel AG) für die Jahre 2013 - 2016	UVEK	PD	12.1969.01
19. Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz für die Jahre 2013 - 2016	BKK	PD	12.0623.01

- | | | | | |
|-----|--|------------|----|------------|
| 20. | Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für eine ausserordentliche Erhöhung der Betriebsbeiträge an das Stadtkino Basel / Landkino / Verein Le Bon Film für die Jahre 2013 - 2014 in der laufenden Subventionsperiode 2011 - 2014 | BKK | PD | 12.1664.01 |
|-----|--|------------|----|------------|

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

- | | | | | |
|-----|--|--|--|------------|
| 21. | Motion Sebastian Frehner und Konsorten betreffend Senkung der Netto-Schuldenquote auf 6 Promille | | | 12.5299.01 |
| 22. | Anzüge: | | | |
| a) | Patrick Hafner betreffend Entlastung durch Aufgabenteilung bei der Kantonspolizei | | | 12.5300.01 |
| b) | Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend eine Senkung von Gebühren für Amtshandlungen | | | 12.5301.01 |
| c) | Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend Littering-Anteil ist zu senken! | | | 12.5302.01 |
| d) | Oskar Herzig und Konsorten betreffend steuerliche Anreize für Unternehmen, welche sich neu im Kanton Basel-Stadt ansiedeln wollen | | | 12.5303.01 |
| e) | Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Mitfinanzierung von grenzüberschreitenden Schnellbussen | | | 12.5304.01 |
| f) | Bülent Pekerman und Konsorten zur Schaffung von Expresstrams | | | 12.5305.01 |
| g) | Jürg Meyer und Konsorten für die Einführung von kantonalen Förderbeiträgen zur Beseitigung von baulichen Hindernissen für Behinderte in öffentlich zugänglichen Bauten und Anlagen | | | 12.5308.01 |
| h) | Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Rehabilitierung der Opfer der Hexenverfolgung in Basel | | | 12.5314.01 |
| i) | Markus Lehmann und Konsorten betreffend Teil-Verglasung der Dreirosenbrücke | | | 12.5315.01 |
| j) | David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Hausboote an der Wiesenmündung ermöglichen | | | 12.5316.01 |
| k) | Regiokommission betreffend (sprach)grenzüberschreitende Praktika zur Talentförderung in der Berufsbildung | | | 12.5318.01 |
| 23. | Vorgezogenes Budgetpostulat Lorenz Nägelin für das Budget 2014 betreffend Dienststelle 520 Staatsanwaltschaft / Personalaufwand | | | 12.5275.01 |

Kenntnisnahme

- | | | | |
|-----|--|-----|------------|
| 24. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend Lohngleichheit zwischen Frau und Mann (stehen lassen) | PD | 08.5056.03 |
| 25. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Verlängerung der BVB-Buslinie 38 nach Hegenheim (stehen lassen) | BVD | 10.5241.02 |
| 26. | Rücktritt von Susanne Afheldt als RichterIn am Sozialversicherungsgericht per 31. Dezember 2012 (Kenntnisnahme unter Gewährung einer verkürzten Frist gemäss § 81a Abs. 2 des Gerichtsorganisationsgesetzes) | | 12.5330.01 |

Anhang C: Neue Vorstösse

Motion

a) Motion betreffend Senkung der Netto-Schuldenquote auf 6 Promille

12.5299.01

Der Kanton Basel-Stadt hat seit 1999 rund CHF 2 Mia. Schulden abgebaut. Der Schuldenrückgang ist einerseits auf Neubewertungen im Rahmen des neuen Finanzhaushaltsgesetzes und andererseits auf tatsächliche Rückzahlungen zurückzuführen. Die Nettoschuldenquote wurde von fast 10 Promille im Jahr 1997 bis ins Jahr 2005 deutlich gesenkt.

Basel-Stadt weist aber immer noch eine Verschuldung von über CHF 1,7 Mia. auf. Pro Einwohner liegt Basel-Stadt schweizweit damit mit CHF 25'352 auf dem zweiten Rang hinter Genf (Sonntagsblick vom 14.10.2012, S. 4). CHF 1,7 Mia. sind zudem über ein Drittel des kantonalen Jahresumsatzes. Mit der Verschuldung verbunden sind die Schuldzinsen. Diese belaufen sich im Jahr 2012 voraussichtlich auf CHF 70,1 Mio. Dies bei momentan sehr tiefen Zinsen. Zudem wird Basel-Stadt - unter anderem wegen der hohen Schuldenlast - nach wie vor nicht mit einem AAA geratet, was die Fremdfinanzierung verteuert.

Gerade in Zeiten der Finanzkrise ist es deshalb sehr wichtig, dass die Schulden weiter abgebaut werden. Die wichtigste Grösse zur Steuerung der Schulden ist die Netto-Schuldenquote. Nur eine Senkung derselben gewährleistet dem Kanton eine finanziell unabhängige Zukunft.

Damit der Kanton den nötigen Handlungsspielraum was seine Finanzpolitik anbelangt nicht verliert, wird hiermit nur eine Senkung der Nettoschuldenquote von 6.5 auf 6 Promille angestrebt.

Der Unterzeichnende stellt deshalb den Antrag, den Regierungsrat zu verpflichten, dem Grossen Rat den folgenden Entwurf für die Änderung des Paragraphen 4 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt (FHG) vorzulegen:

§4 Abs. 1: Die Nettoschuldenquote des Kantons, definiert als Nettoschuld gemäss Jahresrechnung des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als 6 Promille betragen.

Sebastian Frehner, Lorenz Nägelin, Heinrich Ueberwasser, Rudolf Vogel

Anzüge

a) Anzug betreffend Entlastung durch Aufgabenteilung bei der Kantonspolizei

12.5300.01

§ 20 des Polizeigesetzes unterscheidet zwischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Absatz 1 Ziffer 1 und Polizeidienstangestellten im Absatz 1 Ziffer 2. Sie alle sind Angehörige des Polizeikorps. § 20 Abs. 3 des Polizeigesetzes beschreibt die Tätigkeit der Polizeidienstangestellten wie folgt: "Die Polizeidienstangestellten üben polizeiliche Handlungen in einem Teilbereich aus (z.B. Verkehrsdienst) und legen ein Gelübde ab." Die Polizeidienstangestellten leisten den Dienst uniformiert, aber unbewaffnet (gemäss § 29 Absatz 2).

Diese Polizeidienstangestellten werden im Volksmund als Mitarbeiter im "Verkehrsdienst" bezeichnet. Diese Umschreibung ist sicherlich nicht falsch, sind sie doch z.B. für das Erteilen von Parkbussen zuständig. Sie helfen aber auch an Grossanlässen mit und unterstützen die Polizei anderweitig in ihren Tätigkeiten.

Gemäss Polizeibeamtenverband sind die neu zu schaffenden 45 zusätzlichen Stellen bei der Polizei nicht genug, um die Gewalt einzudämmen. Wie die SVP fordert auch der Verband eine weitere Aufstockung des Korps. Dies wird auch vom ehemaligen Mediensprecher der Staatsanwaltschaft, Markus Melzl, in seiner baz-Kolumne unterstützt und als notwendig bezeichnet.

Gleichzeitig stellt man in Gesprächen mit Polizeibeamten immer wieder fest, dass diese sich um teilweise "banale" Einsätze kümmern müssen. Beispielsweise um Lärmbelästigungen, Aufnahme von Verkehrsunfällen, Einbrüche, Nachbarschaftsstreitigkeiten etc. Es liegt in der Natur der Sache, dass gerade diese sogenannten "kleineren Delikte" einen relativ grossen Bearbeitungsaufwand mit sich bringen, welcher wiederum dazu führt, dass die Polizeibeamten nicht auf den Strassen präsent sein können.

Die Polizeibeamten sollen sich jedoch um die schwerwiegenden und gravierenden Delikte kümmern und durch ihre Präsenz in der Innenstadt und in den Wohnquartieren für Sicherheit sorgen. In vielen deutschen Städten kennt man daher einen "Ordnungsdienst" oder eine "Stadtpolizei" (bspw. in Frankfurt). Diese Polizeidienstangestellten kümmern sich um die erwähnten Beschwerden, Reklamationen und gehen kleineren Vergehen nach. Sie haben dabei auch die Kompetenz, Bussen zu erteilen, Personenkontrollen durchzuführen und Festnahmen anzuordnen.

Der Anzugssteller bittet den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, ob im Sinne einer Entlastung der Polizeibeamten die Polizeidienstangestellten ein erweitertes Aufgabengebiet zugeteilt erhalten können und dieser

Bereich in der polizeiinternen Organisation entsprechend aufgewertet sowie personell aufgestockt wird.

Dieser Dienst sollte vorzugsweise weiterhin unbewaffnet - allfällige Selbstverteidigungswerkzeuge wie Pfefferspray, Schlagstock etc. ausgeschlossen - erfolgen.

Patrick Hafner

b) Anzug betreffend eine Senkung von Gebühren für Amtshandlungen

12.5301.01

Der Regierungsrat erlässt für verschiedene Amtshandlungen Gebühren. Gewisse Gebühren sind in Basel-Stadt höher als in vergleichbaren Kantonen wie Bern und Zürich und Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn.

Damit unser Kanton sowohl für natürliche als auch juristische Personen möglichst kundenfreundlich und attraktiv bleibt, sind eine Überprüfung der Gebühren und eine damit verbundene Senkung sinnvoll.

Die Anzugssteller bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, ob die in den Verordnungen festgelegten Gebühren für natürliche als auch juristische Personen

- a) einer grundsätzlichen Überprüfung (unter Einbezug eines Quervergleichs mit anderen Gemeinden der Schweiz) unterzogen werden können und
- b) die überprüften einzelnen Gebühren, sollten sie 10% über dem Durchschnitt liegen, um 20% gesenkt werden können.

Lorenz Nägelin, Oskar Herzig, Rudolf Vogel, Sebastian Frehner

c) Anzug betreffend Littering-Anteil ist zu senken!

12.5302.01

Der Kanton Basel-Stadt ächzt insbesondere in den heissen Sommermonaten noch immer unter einer erheblichen Last von Abfall im öffentlichen Raum, welcher achtlos hingeworfen wird. Der hierfür gebräuchliche Begriff ist Littering (zu deutsch "Vermüllung").

Vermüllung kommt ebenso in der Stadt wie in der Landschaft vor, macht sich aber vor allem als urbanes und suburbanes Phänomen bemerkbar. Dieser Müll bleibt in den Städten sichtbar. In der Schweiz sehen beinahe zwei Drittel aller Gemeinden Littering als Problem an. Von der Abnahme der Sauberkeit betroffen sind Strassen, Plätze und Parks sowie öffentliche Anlässe. Als Hauptursache für die zunehmende Vermüllung werden veränderte Konsumgewohnheiten und ein generell nachlässiger Umgang mit öffentlichem Eigentum aufgrund sozialer Desintegration oder mangels sozialer Kontrolle gesehen. Die Folgen dieses Verhaltens äussern sich in kommunalen Reinigungskosten, in der Umweltbelastung und auch in Verschlammung. Abfall zieht Abfall an und so entstehen aus kleinen Abfallhaufen oft in kurzer Zeit wilde Müllkippen.

Damit dem Problem in dieser Stadt weiterhin entgegengewirkt werden kann, braucht es weiterhin sinnvolle Massnahmen.

Die Anzugssteller bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, wie dafür gesorgt werden kann, dass der Littering-Anteil in den nächsten fünf Jahren (Richtzahl/Stichjahr: 2011) von heute 100% auf 20% gesenkt werden kann (bis Ende 2016).

Lorenz Nägelin, Oskar Herzig, Heinrich Ueberwasser, Rudolf Vogel, Sebastian Frehner

d) Anzug betreffend steuerliche Anreize für Unternehmen, welche sich neu im Kanton Basel-Stadt ansiedeln wollen

12.5303.01

Das Nein zur Unternehmensgewinnsteuersenkung ist zu akzeptieren, dennoch ist dieser Entscheid bedauerlich und für den Standort Basel sicherlich kein Vorteil.

Die Wirtschaftsregion Basel ist jedoch darauf angewiesen, dass sich neue Unternehmungen hier niederlassen. Dies schafft einerseits neues Steuersubstrat und andererseits neue Arbeitsplätze und damit Wohlstand für die Gesellschaft.

Neue Unternehmungen sind oftmals auf die Hilfe von lokalen Wirtschaftsförderungsprogrammen - wie bspw. jenen von Basel Area - angewiesen und nehmen diese Unterstützung gerne in Anspruch. Auch Unternehmen, welche bereits seit Längerem existieren und sich hier in der Region niederlassen wollen, sind an Anreizsystemen interessiert. Dabei ist insbesondere eine steuerliche und administrative Entlastung ein willkommener Effekt für diese Firmen.

Die Anzugssteller bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, wie dafür gesorgt werden kann, dass für Unternehmungen, welche sich im Kanton Basel-Stadt niederlassen wollen, steuerliche Anreize geschaffen werden können (bspw. in einer Phase von zwei bis drei Jahren ab Sitznahme im Kanton).

Oskar Herzig, Lorenz Nägelin, Heinrich Ueberwasser, Sebastian Frehner

e) Anzug zur Mitfinanzierung von grenzüberschreitenden Schnellbussen

12.5304.01

Der Trinationale Eurodistrict Basel (TEB) hat bei einer Verkehrsuntersuchung im März 2012 an einem Stichtag 151'000 Menschen registriert, die von Deutschland oder Frankreich in die Schweiz gekommen sind - 82 Prozent davon im Auto und 13 Prozent per ÖV.

68 Prozent der Wege im TEB-Perimeter verlaufen von Deutschland in die Schweiz. Von Frankreich in die Schweiz sind es 26 Prozent und zwischen Frankreich und Deutschland 6 Prozent. Von den 82 Prozent Autofahrern sind die meisten alleine; in 72 Prozent der Autos sass nur eine Person. Haupt-Reisezweck ist der Arbeitsweg, mit 47 Prozent der Nennungen bei den Autos und 55 Prozent im ÖV.

Diese Untersuchung verdeutlicht, dass noch einige Anstrengungen nötig sind, um die Pendlerinnen und Pendler aus dem Ausland zu bewegen, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Häufig pendeln die Personen aus dem Ausland nur deshalb mit dem Auto, weil konkurrenzfähige Alternativen im öffentlichen Verkehr fehlen. Damit sich dies ändert, stehen mehrere Möglichkeiten zur Auswahl:

1. Erhöhung der Kosten des Individualverkehrs durch Einführung von Road Pricing (momentan in der Schweiz noch nicht realisierbar)
2. Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs durch Netzausbau und Subventionierungen.

Die Bevölkerung des Kantons hat ein grosses Interesse, dass die Hauptstrassen vom Verkehr entlastet werden. Nebst einer Reduktion der Lärmemissionen würden auch die Umweltemissionen und Gesundheitskosten abnehmen. Deshalb erscheint es sinnvoll, sich auch am Aufbau des öffentlichen Verkehrs im Ausland zu beteiligen. Die Anzugstellenden stellen sich vor, dass man beispielsweise Schnellbusse aus der Agglomeration des Elsasses und Badens, welche im täglichen Pendlerverkehr direkt in die Stadt fahren, zusammen mit dem ausländischen Partner erstellen und subventionieren könnte.

Vor diesem Hintergrund wird die Regierungsrat eingeladen zu prüfen und zu berichten, ob grenzüberschreitende Schnellbusse, welche von der weiteren Agglomeration direkt in die Stadt gelangen, mit den ausländischen Partnern aufgebaut und mitfinanziert werden könnten.

Emmanuel Ullmann, David Wüest-Rudin, Brigitta Gerber, Helmut Hersberger, Thomas Grossenbacher, Christine Heuss, Sibel Arslan, Jörg Vitelli, Beatriz Greuter, Christian Egeler, Tobit Schäfer

f) Anzug zur Schaffung von Expresstrams

12.5305.01

Pendler kommen nicht nur aus dem grenznahen Ausland; auch vom Nachbarkanton gelangen häufig Pendler mit dem Auto zu uns. Häufig pendeln die Personen nur deshalb mit dem Auto, weil konkurrenzfähige Alternativen im öffentlichen Verkehr fehlen.

Mit den heutigen Trams nimmt die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auto ab, je weiter der Pendelort ist (z.B. Therwil, Ettingen etc.). Ideal wäre es deshalb, Expresstrams zu schaffen, welche beispielsweise Therwil ohne Halt mit der Stadt verbinden würden. Ebenfalls anzustreben sind Expresstrams während den Stosszeiten innerhalb der Stadt. Die Frage von Schnellverbindungen stellt sich auch mit dem beschlossenen Ausbau von P+R Anlagen.

Den Anzugstellenden ist bewusst, dass die Realisierung von Expresstrams grössere bauliche Kostenfolgen und eine Kapazitätserweiterung bedeuten. Entsprechend sollte sich der Ausbau auf die wesentlichen Tramabschnitte begrenzen.

Der Regierungsrat wird eingeladen, zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft und mit dem Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW) zu prüfen und zu berichten,

- ob die Realisierung von Expresstrams grundsätzlich machbar ist,
- welche Streckenabschnitte hierzu das grösste Kosten-Nutzen Verhältnis aufweisen würden,
- welche Strecken priorisiert werden könnten und
- bis wann solche Expresstrams realisiert werden können.

Ein gleichlautender Vorstoss wird als Postulat im Landrat eingereicht.

Bülent Pekerman, Emmanuel Ullmann, Thomas Grossenbacher, Christian Egeler, Felix Meier, Felix W. Eymann

g) Anzug für die Einführung von kantonalen Förderbeiträgen zur Beseitigung von baulichen Hindernissen für Behinderte in öffentlich zugänglichen Bauten und Anlagen

12.5308.01

Behinderte Menschen haben heute ein verfassungsmässiges Recht, dass sie in öffentlich zugängliche Bauten ohne Schwierigkeiten hineingelangen können. Dies gilt in besonderem Masse, seit mit den Verbesserungen des baselstädtischen Bau- und Planungsgesetzes, vom Grossen Rat genehmigt am 12. September 2012, behinderte Menschen und ihre Organisationen ihren Anspruch auf Beseitigung von Hindernissen verbindlich beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat einfordern können. Dies bringt wichtige Fortschritte in der Gleichstellung Behinderter.

Die Behindertenrechte sind bei Neubauten in der Regel leicht zu verwirklichen. Denn sie bringen dort kaum wesentliche Mehrkosten. Sie stossen aber oft auf schmerzhaft Grenzen, wenn es um die Sanierung bereits bestehender Bauten geht. Gemäss dem geltenden § 62 des Bau- und Planungsgesetzes müssen die Kosten der Behindertengängigkeit wirtschaftlich zumutbar sein. Soweit jetzt neu Behinderte und ihre Verbände ihre Rechte ausserhalb von ohnehin geplanten Sanierungen bei der Baubewilligungsbehörde geltend machen können, bestehen zusätzliche Regeln für die Abklärung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit. Die zu erwartenden Kosten dürfen nicht höher sein als 3 Prozent des Gebäudeversicherungswerts der betroffenen Baute oder Anlage oder nicht mehr als CHF 150'000. Auch unterhalb dieser Grenzwerte muss eine weitere Interessensabwägung vorgenommen werden. Zu berücksichtigen ist dabei der tatsächlich erzielte Ertrag in der Baute oder Anlage. Damit soll vermieden werden, dass gemeinnützige Institutionen, kleinere Kultur- oder Gastrobetriebe oder andere gewerbliche Betriebe oder Institutionen mit beschränkter Ertragskraft in unzumutbarer Weise mit Kosten angeordneter baulicher Massnahmen belastet werden. Aber gerade damit besteht die Gefahr, dass wichtige Dienstleistungen, zum Beispiel von Beratungsstellen, aus baulichen Gründen für viele Behinderte unzugänglich bleiben.

Die Unterzeichnenden schlagen darum einen besonderen Förderbeitrag für bauliche Massnahmen im Interesse der Behindertengängigkeit vor. Dieser soll nach dem Vorbild der bereits bestehenden Förderbeiträge für Verpflichtungen aus dem kantonalen Energiegesetz ausgestaltet werden. Gemäss Energiegesetz können diese Förderbeiträge zwischen 10 und 40 Prozent des Investitionsbetrags ausmachen. Mit dem neu einzuführenden Förderbeitrag zur Erreichung der Behindertengängigkeit soll vor allem die Zumutbarkeit von Investitionen erweitert werden.

In diesem Sinne ersuchen die Unterzeichnenden den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

1. Wie lässt sich verhindern, dass als Folge der Grenzen der Zumutbarkeit behindertengerechter Sanierungen wichtige Einrichtungen für Behinderte nur schwer oder überhaupt nicht zugänglich bleiben?
2. Wie kann mit Förderbeiträgen, ausgestaltet nach dem Vorbild der bereits bestehenden Energieförderbeiträgen, besonders für wirtschaftlich schwächere Betriebe und Institutionen die Zumutbarkeit von Investitionen für die Behindertengängigkeit erweitert werden?
3. Es sollen für die Einführung der Förderbeiträge die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.

Jürg Meyer, Patrizia Bernasconi, Gülsen Oeztürk, Atilla Toptas, Maria Berger-Coenen, Dominique König-Lüdin, Christian von Wartburg, Stephan Luethi-Brüderlin, Otto Schmid, Franziska Reinhard, Christoph Wydler, Christine Keller, Ursula Metzger Junco P., Jörg Vitelli, Sibel Arslan, Talha Ugur Camlibel, Heidi Mück, Doris Gysin, Urs Müller-Walz, Sibylle Benz Hübner, Brigitta Gerber

h) Anzug betreffend Rehabilitierung der Opfer der Hexenverfolgung in Basel

12.5314.01

In verschiedenen Städten Deutschlands und der Schweiz wurden in den letzten Jahren Frauen und Männer, die im späten Mittelalter, der Frühen Neuzeit wegen Hexerei massenweise verurteilt und brutal ermordet worden sind, auf Antrag der Einwohnerinnen und Einwohner hin rehabilitiert. In der Schweiz wurde Anna Göldin „die letzte Hexe der Schweiz“ im Kanton Glarus 2008 (vgl. www.anton-praetorius.de) rehabilitiert.

Die Hexenprozesse sind ein dunkles Kapitel unserer Geschichte. Zwischen dem 15. und 18. Jahrhundert wurden europaweit ca. 100'000 Menschen wegen Hexerei verurteilt und hingerichtet (CH: ca. 10'000), 80% davon waren Frauen. Dabei wurde ihnen vorgeworfen, von Gott abgefallen zu sein und sich der Hexensekte, einer geheimen Vereinigung von Satansanhängerinnen und -anhängern, angeschlossen zu haben. Um eine Person vor ein Hexengericht zu stellen genügte oftmals die Denunziation. Wer einmal angeklagt wurde, hatte kaum Chancen zu überleben. Die Folter galt als Methode der Wahrheitsfindung, denn für eine Verurteilung war zwingend ein Geständnis nötig. Viele gestanden aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbare Taten, um die Tortur zu beenden.

Zwar war Basel kein Zentrum der Hexenverfolgungen. Trotzdem wurden auch hier vom 15. bis zum 17. Jahrhundert einige Personen vom Rat der Stadt Basel wegen Hexerei verurteilt und hingerichtet. Die Geschichte dieser Frauen (es waren auch einige Männer dabei, deren Namen jedoch nicht bekannt sind) hat der Verein Frauenstadtrundgang im Rundgang "Hexenwerk und Teufelspakt, Hexenverfolgungen in Basel" aufgearbeitet. In diesem Zusammenhang werden exemplarisch folgende Personen genannt:

- Barbel Schinbeinin aus Neuenburg (D), gestand 1519 sich mit dem Teufel eingelassen zu haben (Geständnis im Staatsarchiv Basel einsehbar).
- Margreth Vögtlin aus Riehen, 1602 wegen Hexerei verdächtigt und gefoltert. Da sie kein Geständnis ablegte,

konnte sie nicht verurteilt werden.

- Gret Frölicherin aus Basel und Pratteln, wird schliesslich 1458 in Pratteln wegen Hexerei hingerichtet.

Aus heutiger Sicht sind diese Personen unter vielen anderen unschuldig. Aus einer naturwissenschaftlichen und rechtswissenschaftlichen Perspektive ist es unmöglich, dass ein Mensch auf einem Besenstiel zum Hexensabbat fliegen, oder Schadenzauber an Mitmenschen herbeiführen kann. Die Opfer der Hexenprozesse sind jedoch nie rehabilitiert worden, sie gelten bis heute als schuldig im Sinne der Anklage: Sie hätten sich dem Teufel verschrieben. Nichts erinnert an das Schicksal dieser unschuldig hingerichteten und gemarterten Menschen.

Die unterzeichnenden Petitionskommissionsmitglieder greifen damit ein an sie gerichtetes Anliegen des Vereins Frauenstadtrundgang Basel auf und bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob die genannten Personen, die wegen Hexerei verurteilt und hingerichtet wurden, öffentlich exemplarisch für unschuldig erklärt werden können (oder auch andere mehr), und ob ihnen in Form einer Gedenktafel im Stadtbild ein Erinnerungsort geschaffen werden könnte. Ein solcher Ort könnte beim Käppelijoch sein, da wegen Hexerei verurteilte Personen u.a. dort hingerichtet wurden. Die Namen der oben erwähnten Frauen würden dabei stellvertretend für die vielen Unbekannten stehen, die der Hexenverfolgung ebenfalls zum Opfer gefallen sind. Ein geeignetes Datum wäre der 25. November, der alljährliche Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, oder auch eine der kommenden Walpurgisnächte. Mit der Rehabilitierung würde der Grosse Rat der Stadt Basel auch ein Signal gegen die Ausgrenzung von Minderheiten, Andersdenkenden und Andersgläubigen setzen, sowie gegen Gewalt an Frauen.

Brigitta Gerber, Oswald Inglin, Annemarie Pfeifer, Atilla Toptas, Jürg Meyer, Francisca Schiess

i) Anzug betreffend Teil-Verglasung der Dreirosenbrücke

12.5315.01

Die vor einigen Jahren in Betrieb genommene Dreirosenbrücke wurde auf einer Seite - oberwasserseitig - verglast. Soweit so gut und richtig.

Der Grosse Rat hat vor kurzem beschlossen, das von der Novartis "gekaufte Hafenaerial" entlang dem Rheinufer in eine attraktive, öffentlich nutzbare Promenade umzuwandeln, also sozusagen in ein Naherholungsgebiet. Dieses wird aber durch erhebliche Lärmimmissionen von der Dreirosenbrücke beeinträchtigt. Man darf sich einigermassen erstaunt fragen, ob es sinnvoll ist, viele Millionen für die neue Rheinpromenade auszugeben und zugleich mit Lärmbelästigung diese wieder zu beeinträchtigen. Das "Undine" Projekt für CHF 28 Mio. ist zu grossen Teilen herausgeworfenes Geld, wenn ein grosses Gebiet des neuen Uferwegs wegen Lärmimmissionen nicht frequentierbar wird und die vorgesehene Nutzung als Freiraum und Naherholungsgebiet wegen der Lärmimmissionen der Nordtangente eingeschränkt oder gar unmöglich ist.

Kürzlich wurden Messungen der Verkehrslärmimmissionen durchgeführt und diese bestätigen die unbefriedigende Situation. Beide Rheinufer und die dahinterliegenden Areale im Bereich der Dreirosenbrücke sind der Lärmempfindlichkeitsstufe IV zugeordnet, was einen Grenzwert von 70 dB zulässt. Die Messungen in rund 20m Abstand von der Brücke haben ergeben, dass derzeit mit 69.1 dB der aktuelle Grenzwert geritzt wird. Für die Attraktivität des Rheinuferweges ist dies nicht zuträglich, ja ein Killerfaktor, denn es ist eine permanente Immission. Naherholung und Freizeit in der unmittelbaren Umgebung der Brücke sind nicht möglich und ein Verbleib über längere Zeit nicht zumutbar. Ist eine rund 20m breite Treppe nicht zum Verweilen vorgesehen? Grossbasel-West freut sich auf den neuen Rheinuferweg, der ja sogar bis nach Huningue verlängert werden soll. Dies aber nur, wenn dieser neue Freiraum ohne unzumutbare Lärmimmissionen benutzt werden kann.

Als Vergleich: am Arbeitsplatz für konzentriertes Arbeiten gelten Richtwerte von maximal 50dB. Die Voltamatte als Naherholungsraum liegt in der Zone III mit 65dB, angrenzend an die Wohnzone mit maximal 60dB. 10dB bedeuten übrigens rund eine Verdoppelung für das menschliche Lärmempfinden.

Weder die ASTRA noch der Kanton scheinen sich verpflichtet zu fühlen, diese Lärmschutzmassnahmen umzusetzen resp. zu finanzieren. Dies müsste aus Sicht der Anzugsteller korrekterweise durch den Kanton erfolgen.

Die Umsetzung der Rheinufersperrpromenade wird ca. Mitte 2013 in Angriff genommen und zusammen mit dem öffentlichen Restaurant mit Aussenbereich von Herzog&de Meuron im 2015 in Betrieb genommen. Somit sollten auch die Lärmschutzmassnahmen zügig vorangetrieben werden.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob eine Teilverglasung (ohne Behinderung der NT-Belüftung) zeitnah umgesetzt werden und die Finanzierung von ca. 100 m Glas unterwasserseitig durch den Kanton übernommen werden kann?

Markus Lehmann, Tobit Schäfer, Helen Schai-Zigerlig, André Weissen, André Auderset, Urs Schweizer, Giovanni Nanni, Remo Gallacchi, Andreas Ungricht, Samuel Wyss, Heiner Vischer, Felix Meier, Aeneas Wanner, Conradin Cramer, Mirjam Ballmer, Pasqualine Balmelli-Gallacchi, Lukas Engelberger, Oswald Inglin

j) Anzug betreffend Hausboote an der Wiesenmündung ermöglichen

12.5316.01

Dieser Anzug strebt die Schaffung von Anlege- bzw. Ankerplätzen für Hausboote am Unterlauf der Wiese in Basel an. Anlegeplätze für Hausboote zahlen in Städten wie Strasbourg oder Amsterdam zum attraktiven und vertrauten Stadtbild. Auch Basel würde mit Hausbooten im Stadtbild an Attraktivität gewinnen und eine willkommene Belebung und Bereicherung erfahren. Derzeit besteht in Basel keine Möglichkeit, Hausboote zu verankern. Das Rheinufer wird richtigerweise möglichst frei gehalten für Wasserfahrende, Schwimmende und das Promenieren am Ufer. Haus- und Kanalboote sind auch wenig geeignet für die Fahrt auf dem Rhein ausserhalb der gestauten Zonen. Sie sind zudem anfällig auf Wellenschlag vorbeifahrender grösserer Schiffe.

Hausboote wären aber auch in Basel möglich. Am Unterlauf der Wiese (vom Wiesenkreisel bis zur Mündung der Wiese in den Rhein) gibt es einen relativ ruhigen und geschützten Bereich von ca. 1'300 m Länge, in dem beidseitig Hausboote vertäut werden könnten. Je nach Bootstyp (Peniche oder kleiner) wäre dort Platz für 70 - 150 Hausboote, wenn man den ganzen Bereich nutzen würde. Der Standort am Unterlauf der Wiese wäre zudem ideal, weil in absehbarer Zeit auf der anschliessenden Klybeckinsel ein neues Wohn- und Arbeitsgebiet entstehen soll.

Der Grosse Rat hat am 19.9.2012 just für diesen Abschnitt der Wiese den Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung zur Revitalisierung des Wiese-Flussbetts genehmigt. Die Wiese soll dort renaturiert und revitalisiert sowie Fischlaichplätze geschützt werden. Diese Anliegen des Naturschutzes sollen berücksichtigt werden. Zu prüfen ist, wie weit Anlegeplätze für Hausboote im Einklang mit dem Naturschutz und der Renaturierung der Wiese eingerichtet werden könnten.

Für eine Realisierung einer Hausbootzone wäre ein Wendebassin im oberen Bereich (beim Wiesenkreisel) sinnvoll, damit die Hausboote auch wieder ohne Behinderung ausfahren können. Die Anlagestellen für Hausboote müssten so gestaltet werden, dass die Boote vor möglichen Hochwassern der Wiese geschützt werden können (zum Beispiel Gleitverankerung). Weiter benötigen Hausboote Anschlüsse für Wasser, Elektrizität und Kommunikation. Die Plätze wären daher kostendeckend zu vermieten, das heisst durch Liegegebühren, die zum Beispiel nach Länge und Breite der Schiffe sowie nach Aufenthaltsdauer definiert werden könnten. Sinnvollerweise wäre eine steuerliche Erfassung von Bewohnenden auf den dauerhaft verankerten Hausbooten notwendig (z.B. anhand der Immatrikulation).

Hausboote am Unterlauf der Wiese sind eine Bereicherung für den Bevölkerungsmix in unserer Stadt. Kann eine mit dem Naturschutz und der Wieserenaturierung einvernehmliche Lösung gefunden werden, würde so eine einzigartige attraktive Wohnlage und Stadtkultur ermöglicht.

Die Regierung wird gebeten zu prüfen und zu berichten,

- welche Voraussetzungen zur Erstellung von Hausbootplätzen am Unterlauf der Wiese geschaffen werden müssten, insbesondere die technischen Möglichkeiten sowie die rechtlichen Voraussetzungen dazu?
- ob und wie solche Hausbootplätze im Einklang mit dem Naturschutz und der vom Grossen Rat bewilligten Renaturierung der Wiese eingerichtet werden könnten?
- welche Kosten damit verbunden wären?
- wie die Regierung zur Erstellung der Liegeplätze für Hausboote vorgehen würde und bis wann solche eingerichtet werden könnten?

David Wüest-Rudin, Martina Bernasconi, Remo Gallacchi, Pasqualine Balmelli-Gallacchi, Christoph Wydler, Vögli Roland, Andrea Bollinger, Peter Bochsler, Emmanuel Ullmann, Esther Weber Lehner

k) Anzug betreffend (sprach)grenzüberschreitende Praktika zur Talentförderung in der Berufsbildung

12.5318.01

Globalisierung, Strukturwandel und die wachsende Bedeutung internationaler Erfahrungen stellen die Schweizer Berufsbildung vor neue Herausforderungen. Handlungsbedarf zeigt sich dabei insbesondere beim Thema Fachkräfteknappheit. Statt den wachsenden Fachkräftebedarf wie in den vergangenen Jahren vor allem durch Rekrutierung im Ausland abzudecken, sollten unsere Lernenden in der Schweiz laufend besser gemäss den Bedürfnissen der (exportorientierten) Wirtschaft qualifiziert werden und selbst Auslandserfahrungen erwerben können. So die Einschätzung des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) an der vergangenen Maitagung zum Thema Berufsbildung.

Mit einer Stärkung der Berufsmaturität, der Entwicklung neuer Berufe (z.B. im Bereich Cleantech), der Förderung von Berufsmeisterschaften und einer Erhöhung der beruflichen Mobilität durch Auslandpraktika für Lernende sollen Talente gefördert werden.

Die Regiokommission des Grossen Rates ist davon überzeugt, dass Auslandspraktika und solche in einem anderssprachigen Landesteil sowohl für Unternehmen wie auch für die Auszubildenden grosse Chancen sind. Die Azubis lernen die berufliche Praxis in einem anderen Land (esteil) kennen, sie erweitern ihre Fach- und Fremdsprachenkenntnisse, sie beweisen Flexibilität, Mobilität, Lern- und Einsatzbereitschaft und erhöhen durch die neuen Erfahrungen ihre Arbeitsmarktchancen. Die Ausbildungsbetriebe können mit einem solchen Angebot hoch motivierte und lernstarke Lernende ansprechen, gute Auszubildende belohnen, Kontakte aufbauen und ihre Lernende als "Türöffner" einsetzen sowie neben der Imagepflege neue Impulse und Ideen erhalten.

Die Regiokommission hat sich vom Amt für Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung BS informieren

lassen, welche Möglichkeiten für Lernende der Berufsbildung bereits heute bestehen, in einem französisch sprechenden Kanton der Schweiz oder im Ausland Praktika namentlich auch zum vertieften Erwerb einer Fremdsprache zu absolvieren. Die Regiokommission begrüsst das bestehende Angebot, hat aber auch zur Kenntnis genommen, dass dieses zu wenig bekannt und entsprechend noch kaum genutzt wird.

Sie bittet deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- welche Angebote für einen Lernenden/eine Lernende für ein Praktikum in einem fremdsprachigen Gebiet während der Lehrzeit bestehen und wer Arbeitgebende und Lernende bei der Suche eines solchen Praktikumsplatzes unterstützt
- in welchen Berufsbereichen solche Praktika zusätzlich wünschenswert, jedoch noch nicht realisiert sind
- wie er die Schaffung von Praktika in diesen Berufsfeldern ermöglichen kann
- wie er Arbeitgebende und Lernende vermehrt und regelmässig über das Angebot an Praktika im Ausland oder in der Welschschweiz informieren will
- welche Anreize er für Lernende und Ausbildungsbetriebe (zusätzlich) schaffen will, damit vermehrt solche Praktika absolviert werden
- in welcher Form die Absolvierung solcher Praktika beurkundet werden, resp. durch den Kanton bescheinigt werden können, wenn dies nicht von anderer Seite erfolgt
- ob zusätzliche personelle Ressourcen nötig sind, um solche Lehrlingsaustausche zu fördern und ob dazu z.B. vom Bund oder aus grenzüberschreitenden Fonds Mittel zur Verfügung stehen
- wie der Austausch von Lernenden der kantonalen Verwaltung mit solchen aus welschen Kantonen (z.B. dem Kanton Jura) intensiviert werden kann.

Die Regiokommission hat diesen Kommissionsantrag am 15. Oktober 2012 mit grosser Mehrheit beschlossen.

Für die Regiokommission: Heinrich Ueberwasser

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 102 betreffend Einsatz der Mobilien Abfallpolizei in Basel-Stadt

12.5297.01

Im Februar 2012 wurde durch den Departementsvorsteher WSU, Regierungsrat Brutschin, eine zentrale Forderung der SVP Sauberkeitsinitiative erfüllt: Die Schaffung einer Mobilien Abfallpolizei.

Diese Mobile Abfallpolizei sollte an Hotspots wie bspw. dem Barfusserplatz oder dem Rheinbord sichtbar präsent sein und allfällige Litterer büssen. Eine entsprechende Verordnung trat per 01.07.2012 in Kraft und hat diese Einsatztruppe mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet. Spätestens seit dem 01.07.2012 sollte, gemäss Regierungsrat Brutschin, diese Abfallpolizei patrouillieren und im Einsatz sein.

Wer künftig in flagranti erwischt wird, wie er Abfall im öffentlichen Raum entsorgt, muss 80 Franken Strafe (bisher 50) bezahlen. Vorgesehen waren vier Abfallpolizisten in zwei Elektrofahrzeugen.

Nachdem der Sommer sein Ende gefunden hat und die Mobile Abfallpolizei eigentlich seit drei Monaten im Einsatz sein sollte, ist es Zeit für ein Zwischenfazit.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist diese Mobile Abfallpolizei per 01.07.2012 gestartet?
2. Sind bereits alle vier Abfallpolizisten eingestellt?
3. Wie viele Einsatzstunden haben diese Abfallpolizisten geleistet (bitte aufteilen nach Innendienst/Aussendienst)
4. Wie viele Bussen wurden bis zum 30.09.2012 verteilt und wie hoch waren die Einnahmen?
5. Aufgrund welcher Vergehen wurden die Bussen ausgestellt?
6. Gibt es eine erste Analyse zu den folgenden Tätergruppierungen (Verhältnis Schweizer/Ausländer, Alterskategorien Jugendliche/Junge Erwachsene bis 25 Jahre/Erwachsene)?
7. Gab es Wiederholungstäter?
8. Was unternehmen die Behörden im Wiederholungsfall mit den Abfallsündern?
9. Wo besteht die Schnittstelle zwischen Mobiler Abfallpolizei des WSU und dem Polizeikorps im JSD?
10. Sind aus Sicht des Regierungsrates bereits erste Erfolge sichtbar?
11. Wäre der Regierungsrat bereit, diese Mobile Abfallpolizei im Hinblick auf den Sommer 2013 weiter personell aufzustocken?

Rudolf Vogel

b) Interpellation Nr. 103 betreffend Unternehmensbesteuerung im Kanton Basel-Stadt

12.5298.01

Seit mehreren Jahren stossen die kantonalen Steuerprivilegien betreffend Unternehmensbesteuerung im Ausland auf Kritik. Diese werden hauptsächlich von Firmen beansprucht, deren Sitz in der Schweiz liegt, die aber mehrheitlich oder ausschliesslich im Ausland tätig sind. Auf Bestreben der EU führt die Schweiz mit der EU derzeit einen Dialog über diese besonderen Formen der Besteuerung.

Laut der Genfer Regierung hätte die geplante Steuerreform für den Kanton und seine Gemeinden Steuerausfälle von etwa 450 Millionen Franken zur Folge. Da der Bund heute von den Unternehmen mit kantonalen Steuerregimes insgesamt mehrere Milliarden Franken an Steuergeldern einnimmt, fordert der Kanton Genf vom Bund, dass dieser die kantonalen Anstrengungen zur Steuersatzsenkung mindestens zur Hälfte mitträgt. Dazu sind mehrere kombinierbare Varianten im Gespräch; insbesondere eine Senkung der direkten Bundessteuer, eine Erhöhung des Anteils der Kantone an dieser Steuer oder eine Revision des Finanzausgleichs. Letztlich geht es darum, die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu sichern.

Bei einer ersatzlosen Abschaffung der Steuerregimes würde sich die Steuerbelastung der betroffenen Statusgesellschaften verdoppeln. Die Regierung in Genf befürchtet, dass dies zum Wegzug einiger grösserer Unternehmen führen könnte. Dem Kanton würde das wirtschaftlich sehr stark schaden. Eine vom Lausanner Universitätsinstitut CREA vorgestellte Studie hebt die Bedeutung der genannten ausländischen Unternehmen für die Genfer Wirtschaft hervor: Für den Kanton und die Gemeinden sind damit eine Milliarde Franken an Steuereinnahmen (einschliesslich der Steuerzahlungen der Beschäftigten dieser Unternehmen), 50'000 direkte und indirekte Arbeitsplätze und zehn Milliarden Franken Wertschöpfung verbunden. Um der befürchteten Abwanderung von Unternehmen entgegen zu wirken, prüft der Kanton Genf daher eine Senkung der Gewinnsteuer auf 13%.

Wie Regierungsrätin Herzog in einem Statement in der Basler Zeitung vom 12.10.2012 richtig festhält, ist der Kanton Basel-Stadt von der drohenden Abwanderung von ausländischen Unternehmen und den dadurch drohenden Steuerausfällen nicht weniger betroffen.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Kanton Basel-Stadt, ähnlich wie der Kanton Genf, die vermuteten allfälligen Steuerausfälle, welche durch die Abwanderung ausländischer Firmen auf unseren Kanton zukommen würden, ebenfalls bereits berechnet?
2. Was würde den Kanton die Abwanderung der heute von steuerlichen Privilegien profitierenden Unternehmen und den direkt von ihnen abhängigen Gesellschaften an Arbeitsplätzen und Steuererminderertrag (juristische und natürliche Personen) kosten?
3. Wie viele Unternehmen wären aus Sicht des Regierungsrates davon direkt und indirekt betroffen?
4. Ist der Regierungsrat, wie der Kanton Genf, bereit, allfällige Gegenmassnahmen - bspw. eine Senkung der Gewinnsteuer - nochmals ins Auge zu fassen?
5. Wenn ja, strebt der Kanton Basel-Stadt ebenfalls eine Senkung des Steuerfusses auf ca. 13% an, wie dies der Kanton Genf tun möchte?

Sebastian Frehner

c) Interpellation Nr. 104 betreffend ausstehende Verkehrsbussen von Fahrern mit Wohnsitz im Schengenraum

12.5307.01

Wie ich aus glaubwürdiger Quelle vernommen habe, sollen Verkehrsbussen in Millionenhöhe unbezahlt sein, wenn der Wohnsitz der entsprechenden Übertretenden im Schengenraum, insbesondere in Frankreich liegt.

Dies wäre insofern störend, als das Schengenabkommen die Staaten zur Amtshilfe anhält und die Schweiz sich umgekehrt korrekt verhält. Angesichts häufiger Grenzübertritte im lokalen Verkehr und angesichts vorhandener technischer Hilfsmittel frage ich die Regierung deshalb an:

- Wie hoch ist die Summe ausstehender Verkehrsbussen von Fahrern mit ausländischer Immatrikulation?
- Wie hoch ist die Summe der in den letzten 5 Jahren verjährten Bussgelder der genannten Kategorie?
- Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um die diesbezügliche Zahlungsmoral zu verbessern?
- Wäre es sinnvoll, wenn Polizeipersonal an den Grenzen notorische Nichtzahler erfassen würde?

Thomas Mall

d) Interpellation Nr. 105 betreffend Medienausbildungszentrum (MAZ) nach Basel

12.5320.01

Gemäss einem Artikel in der NZZ vom 28. Oktober 2012 ist das MAZ weiterhin auf der Suche nach einem geeigneten Standort.

Der Luzerner Stadtrat beschloss Mitte März den jährlichen Beitrag von CHF 50'000 zu streichen. Die Schulleitung wurde durch den Entscheid derart brüskiert, dass ein Wegzug aus der Stadt Luzern erwogen wird.

Als mögliche Standorte bieten sich nun die Städte Aarau und Baden, sowie Basel an.

Basel hat ein vielschichtiges Verhältnis zu den Medien und versucht heute die Kreativwirtschaft aktiv anzuziehen. Dazu würde das MAZ bestens passen und wäre ein Gewinn für unseren Kanton.

Ich bitte deshalb die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Medienlandschaft in unserem Kanton?
2. Wie ist der Stand der Bemühungen, das MAZ nach Basel zu holen?
3. Bis wann ist mit einem Entscheid des Stiftungsrates zu rechnen?
4. Sind schon allfällige Standorte im Gespräch?
5. Wäre der Kanton auch bereit, das MAZ zu subventionieren?
6. Weicht man hier bewusst von der Devise ab, weder Firmen noch Subventionen mit Subventionen anzulocken?
7. Wäre auch ein Zusammengehen mit SRF Kultur an dessen neuem Standort am Bahnhof möglich und eine Option?

Christine Heuss

e) Interpellation Nr. 106 betreffend Grösse des Overheads im Erziehungsdepartement

12.5323.01

Das Erziehungsdepartement ist derzeit mit umfangreichen Reformaufgaben im Schulbereich beschäftigt. Dennoch wird immer wieder Kritik laut, der Personalbestand in Leitung und Stab sei unnötig gross, auch schon war der Ausdruck "Wasserkopf" zu hören.

Um hier über sachliche Grundlagen zu verfügen, bitte ich den Regierungsrat um folgende Auskünfte über den Schulbereich:

- Wie viele Stellenprozente in der Verwaltung wurden in den letzten fünf Jahren geschaffen, wie viele davon für die Umsetzung von Reformen?
- Wie hat sich das Verhältnis der Personalausgaben für die Verwaltung (inkl. Schulleitungen) und dasjenige für Lehrkräfte pro Schulkind in den letzten fünf Jahren entwickelt?
- Wie sehen entsprechende Vergleichszahlen anderer Kantone aus?

Christoph Wydler

f) Interpellation Nr. 107 Keine Asylunterkunft auf dem Rhein

12.5324.01

Unmittelbar nach den Wahlen (01.11.2012 gem. Medien) wurde Frau Renata Gäumann, Koordinatorin Asyl- und Flüchtlingswesen im Kanton Basel-Stadt, orientiert, dass das Hotelschiff wegen technischer Panne nicht nach Basel komme. Die Medien wurden erst am 8.11.2012 orientiert. Die unmittelbare Orientierung nach den Wahlen und die noch spätere Orientierung der Öffentlichkeit hinterlassen einen schalen Beigeschmack. Besonders im Wissen das die Unterbringung der Asylbewerber in Basel in den Quartieren immer auf Widerstand stösst. Wunderlich ist auch, dass die Regierung bei der Medienorientierung bereits Standorte in den Quartieren für die Unterbringung der Asylbewerber bereit gestellt hat.

Ich ersuche den Regierungsrat mir die untenstehenden Fragen zu beantworten.

1. Was für eine technische Panne hat das Hotelschiff?
2. Falls die Panne behoben werden kann, wer ist dafür zuständig, dass das Hotelschiff als Asylunterkunft trotzdem nach Basel kommen kann?
3. Bei der Nichtüberweisung des Anzuges betreffend Asylschiff hätte - gemäss Debatte im Parlament - die Lösung „Luftschutzraum“ eine Mehrheit gefunden. Warum können die Asylbewerber für die Zeit der Pannenbehebung nicht in Luftschutzräumen beherbergt werden?
4. In der ganzen Stadt werden Sozialwohnungen gesucht, insbesondere für alleinerziehende Mütter welche auf die Sozialleistungen angewiesen sind. Warum hat man diese Wohnungen der Immobilien Basel Stadt leer stehen lassen und nicht an Bedürftige weitervermittelt?

Eduard Rutschmann

g) Interpellation Nr. 108 zur Zusammenarbeit mit nigerianischen Polizisten in der Schweiz

12.5325.01

Im Rahmen der Migrationspartnerschaft zwischen der Schweiz und Nigeria sollen nigerianische Polizisten kantonale Polizeikorps bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität unterstützen. Nach erfolgreichen Einsätzen im vergangenen Jahr wird das zweite Pilotprojekt gemäss dem Bundesamt für Migration (BfM) bis Juli 2013 dauern. Im ersten Projekt machten die Stadtpolizei St. Gallen sowie die Kantonspolizeien Zug und Genf mit: Sie beherbergten jeweils zwei bis drei Kollegen aus Nigeria während zwei bis drei Wochen. Dabei gingen die Polizisten, die grösstenteils Nigerias Antidrogenagentur angehören, unter anderem gemeinsam auf Patrouille. Einbezogen war auch die Grenzwaiche. Ziel der Besuche ist die Bekämpfung des Drogenhandels in der Schweiz, in den nigerianische Staatsangehörige involviert sind. Die nigerianischen Polizisten sollen die Schweizer Behörden etwa dabei unterstützen, die Geldflüsse im Hintergrund zu identifizieren und zu unterbinden.

Gemäss den Berichterstattungen der NZZ und des St. Galler Tagsblatts waren die Einsätze sehr erfolgreich. So ging der sichtbare Drogenhandel in der Stadt St. Gallen merkbar zurück. Der Interpellant findet solche punktuelle Zusammenarbeit mit ausländischen Polizeikorps sehr sinnvoll, da wertvolle Erfahrungen ausgetauscht werden können.

Da Basel in der Berichterstattung nicht erwähnt wurde, hat er sich direkt beim Bundesamt für Migration erkundigt, welche Kantone bei diesem Austausch mitmachen. Neben den erwähnten Kantonen machen gemäss Auskunft des BfM Schwyz, Tessin und Bern mit. Die KAPO Basel habe jedoch mit Hinweis auf andere Prioritäten vorläufig von einer Teilnahme abgesehen.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

- Weshalb macht unser Kanton bei dieser Partnerschaft vorläufig nicht mit?
- Wie steht der Regierungsrat zu solchen Partnerschaften generell? Ist eine solche Zusammenarbeit nicht als präventives Sicherheitsinstrument zu qualifizieren?
- Welche Massnahmen werden gegen den Drogenhandel eingesetzt?
- Wird der Regierungsrat zu einem späteren Zeitpunkt an dieser Partnerschaft teilnehmen?
- Erachtet der Regierungsrat weitere Partnerschaften als sinnvoll? Wenn ja, wird er solche initiieren?

Emmanuel Ullmann

h) Interpellation Nr. 109 betreffend Zukunft der S6

12.5326.01

Im Februar 2012 hat der Grosse Rat dem Regierungsrat einen Anzug überwiesen, in dem er diesen bittet, für eine Taktverdichtung auf der S-Bahnlinie 6 von Basel ins Wiesental einzutreten. Ein analoger Vorstoss wurde ein Monat zuvor vom Riehener Einwohnerrat an den Gemeinderat überwiesen.

Unterdessen scheinen wir leider wieder weit entfernt von einer Angebotsverbesserung auf dieser S-Bahnlinie zu sein.

Zwar hat sich die Meldung, wonach der Bund die abendlichen Verbindungen der S6 zwischen dem Badischen Bahnhof und dem Bahnhof SBB in Frage stellt, glücklicherweise als Falschinformation entpuppt, jedoch informierte an der Districtsratssitzung vom 19. Oktober 2012 ein Vertreter des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg, dass auch nach Ablauf der derzeitigen Verkehrsverträge Ende 2016 keine Angebotsverbesserung auf der S6 zur Diskussion steht.

Der Interpellierende bittet deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat darüber informiert, dass das Land Baden-Württemberg anscheinend auch nach 2016 nicht willens ist, die nötigen Finanzmittel für den Betrieb und die Infrastruktur eines 15-Minuten-Takts auf der S6 bereit zu stellen?
2. Ist der Regierungsrat bereit, zusammen mit anderen Gemeinden und Gebietskörperschaften entlang der S6 gegenüber den Stuttgarter Behörden dezidiert dafür einzutreten, dass ein Angebotsausbau für die S6 in naher Zukunft ins Auge gefasst wird?
3. In Lörrach existiert der Zweckverband Regio-S-Bahn, dem die deutschen Gemeinden entlang der Linie S6 angehören. Sind die beiden Schweizer Gemeinden Basel und Riehen auch Mitglied dieses Verbands? Wenn nein, weshalb nicht?
4. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, falls dies nicht schon geschehen ist, diesem Zweckverband beizutreten und auch ihm Rahmen dieses Verbands sich gemeinsam mit den Partnergemeinden gegenüber Stuttgart für eine Angebotsverbesserung auf der Linie S6 einzutreten?
5. Sieht der Regierungsrat, falls Baden-Württemberg ausserstande ist, andere Möglichkeiten, wie ein Angebotsausbau auf der S6 (zumindest auf dem Abschnitt Basel SBB-Lörrach) in naher Zukunft finanziert werden könnte?
6. Für die S6-Passagiere ist der lange Aufenthalt im Badischen Bahnhof ein Ärgernis. Ist der Regierungsrat als (Mit)Besteller in der Lage, eine Verkürzung dieser Aufenthaltsdauer im Badischen Bahnhof in nächster

Zukunft durchzusetzen?

7. Ab welchem Termin können die S6-Passagiere spätestens von einer Verkürzung der Aufenthaltsdauer im Bad. Bahnhof und damit von einer Attraktivitätssteigerung der S6-Verbindung profitieren?

Roland Engeler-Ohnemus

i) Interpellation Nr. 110 betreffend Baustellenlärm auch über Mittag

12.5327.01

Gemäss Lärmschutzvorschriften ist auf Baustellen eine Mittagspause von 12 bis 13 Uhr einzuhalten. Damit wird - zugunsten eines rascheren Verlaufs des Bauens - die für den häuslichen Bereich vorgesehene Mittagsruhe von 12 bis 14 Uhr eingeschränkt. Weiter gelten Arbeitsvorschriften, welche minimale Pausen vorschreiben, nicht zuletzt aus Gründen des Unfallschutzes.

Nach Feststellung des Interpellanten - und entgegen den Ausführungen des Regierungsrates auf eine Anfrage im Jahre 2011 - wird diese Mittagspause auf Baustellen aber nur sehr mangelhaft eingehalten. Auch ohne Spezialbewilligung (welche für unaufschiebbare Arbeiten vorgesehen wäre) wird je nach "Lust und Laune" von Baustellenverantwortlichen auch über Mittag gearbeitet.

Reklamationen bei der zuständigen Stelle werden regelmässig mit einem lakonischen "wir werden Stichproben machen" beantwortet. Zudem wird auf eine chronische personelle Unterdotierung verwiesen.

Aus Sicht des Interpellanten ist diese Situation nicht haltbar, einerseits, weil regelmässig ohne Notwendigkeit das Ruhebedürfnis der Bevölkerung durchbrochen wird, andererseits, weil Nichteinhalten von Arbeitspausen die Unfallgefahr erheblich verschärft.

Der Interpellant bittet die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung gewillt, die bestehenden Vorschriften betreffend Mittagspause zwischen 12 und 13 Uhr auf Baustellen durchzusetzen?
2. Ist die Regierung ebenfalls der Meinung, dass Stichproben im Nachgang zu Reklamationen (die auch an die Bauverantwortlichen gehen...) nicht geeignet sind, den Vorschriften Nachachtung zu verschaffen?
3. Ist die Regierung vor diesem Hintergrund bereit, (endlich) nicht nur solche "praktisch angekündigten Stichproben" durchführen zu lassen, sondern etwas proaktivere Methoden (z.B. Stichproben auch ohne vorgängige Meldung) in Betracht zu ziehen?
4. Ist die Regierung bereit, die im Mai 2011 in Aussicht gestellte Zusammenarbeit mit Branchenorganisationen in einer Weise durchzuführen, die auch Wirkung zeigt?

Patrick Hafner

j) Interpellation Nr. 111 betreffend Informations-Broschüre der Fachstelle Stadtteilentwicklung

12.5328.01

Eine weitere Broschüre aus dem Präsidialdepartement erregt bei den Adressaten mehr oder weniger grosses Erstaunen. Es besteht der dringende Verdacht, dass das Präsidialdepartement mit diesen Broschüren-Flut versucht, die unverständlich grossen Personalbestände seiner Abteilungen zu rechtfertigen.

Der minimale Informationswert dieser neuesten Broschüre steht in keinem Verhältnis zum Nutzen und den Kosten. Dazu kommen auch noch Falschinformationen wie am Beispiel „Optimierung Bewilligungswesen“ nachzulesen ist. Diese Koordinationsstelle hat zwar im Bereich Arbeits-Bewilligungen eine Verbesserung erreicht, aber bei allen übrigen Bewilligungen herrschen nach wie vor mehr als unbefriedigende Zustände. Die Aussage dass die Kommunikation zwischen Verwaltung und Kundschaft in wesentlichen Bereichen erleichtert wurde stimmt schlichtweg nicht! Von einer Anlaufstelle für alle Bewilligungen sind wir leider noch meilenweit entfernt.

Ich erlaube mir, der Regierung in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu stellen:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat diese Alibi-Informationsflut zu reduzieren und nur noch für wirklich wichtige Mitteilungen und Informationen Kosten zu generieren?
2. Stichwort Kosten! Am Beispiel des Bereichs „Kantons- und Stadtentwicklung“: Wie viele Personen werden in diesem Bereich beschäftigt?
3. Wie hoch sind die Total-Kosten für diesen Bereich?
4. Erachtet der Regierungsrat das Kosten-/Nutzenverhältnis in diesem Bereich für Gegeben?
5. Kann er darauf Einfluss nehmen oder ist es alleinige Sache des Präsidialdepartementes, wie viele Mittel für diesen Bereich eingesetzt werden und wie viele unnötige Broschüren produziert werden?
6. Sollte dieser Bereich nicht auf das Wesentliche reduziert werden?

Ernst Mutschler

**k) Interpellation Nr. 112 zur Verleumdung von schweizerischen
Universitätsprofessoren und -professorinnen durch die Weltwoche im Oktober
2012**

12.5329.01

Die «Weltwoche» hat in zwei ihrer Oktoberausgaben Listen von in der Schweiz lehrenden Professorinnen und Professoren publiziert, die angeblich eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen. Unter dem "Deckmantel der Wissenschaft" verbreiteten die Akademiker «politisch durchtränkte Irrlehren», schreibt die Zeitung. Zudem werden die Fotos einzelner Professorinnen und Professoren wie die Mordverdächtigen in Kriminalfilmen an eine fiktive Wand gepinnt. In dem Tagesanzeiger ist daraufhin zu lesen, dass die Rektoren der Schweizer Universitäten durch diese Angriffe auf die Hochschulen alarmiert sind. Der Vorstand der Rektorenkonferenz (Crus) hat am 8. November offensichtlich über geeignete Gegenmassnahmen beraten. Dies ist sehr zu begrüssen. Prof. Antonio Loprieno, Rektor der Universität Basel und Präsident der Rektorenkonferenz, bestätigte gegenüber der Zeitung «Der Sonntag»: "Wir beobachten den aufziehenden Diskurs mit grösster Sorge und haben das Thema traktandiert."

Auch die Interpellantin hält diese Vorkommnisse für höchst beunruhigend und bittet den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat die Regierung Kenntnis von den medialen Angriffen auf die universitären und kantonalen Institutionen, setzt sie sich mit anderen betroffenen Kantonen darüber auseinander und wird von der Rektorenkonferenz über geeignete Gegenmassnahmen informiert, resp. unterstützt diese aktiv?
2. Wie gedenken der Regierungsrat, der Unirat und die Universität im spezifischen die betroffenen Personen, die in diesen Beträgen öffentlich blossgestellt wurden, zu schützen?

Brigitta Gerber

Schriftliche Anfragen**a) Schriftliche Anfrage betreffend Plakate der Kriminalprävention**

12.5333.01

Es ist zu begrüssen, dass die Verantwortlichen jetzt - zu Beginn der dunkleren Jahreszeit - mittels Plakaten auf einige Punkte aufmerksam machen, die der Prävention v.a. gegen Einbrüche dienen.

Auf diesen Plakaten ist u.a der Hinweis enthalten, dass es gefährlich sein kann, vor Ort oder auf Anrufbeantwortern Hinweise zu Abwesenheiten zu hinterlegen.

Schon im November 2011 hat der Anfragesteller die Verantwortlichen der Kriminalprävention darauf aufmerksam gemacht, dass im Zeitalter des Internets bzw. von Social Media wohl der Hinweis darauf noch wichtiger wäre - und das wurde auch bestätigt. Trotzdem ist auch auf den diesjährigen Plakaten kein Wort zu dieser Problematik zu finden.

Aus diesem Grund bittet der Anfragesteller die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung auch der Meinung, dass Massnahmen der Prävention möglichst wirksam gestaltet werden sollten?
2. Teil die Regierung die Meinung, dass es hilfreich sein kann, wenn aus der Bevölkerung Hinweise für Verbesserungsmöglichkeiten kommen?
3. Wie beurteilt es die Regierung vor diesem Hintergrund, dass ein - bestätigtermassen berechtigter Hinweis, der zudem von einer gewissen Wichtigkeit sein dürfte - nicht aufgenommen wurde?

Patrick Hafner

b) Schriftliche Anfrage betreffend Stimm- und Wahlcouverts

12.5334.01

Auf Hinweis aus der Bevölkerung, wonach die Stimm- und Wahlcouverts des Kantons Basel-Stadt nicht sicher gegenüber Manipulationen sind, bittet der Anfragesteller die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung, dass Stimm- und Wahlcouverts z.B. mittels Durchleuchten bezüglich ihrer darin enthaltenen Meinungsäusserung ohne Öffnung geprüft werden können?
2. Wie beurteilt die Regierung die Tatsache, dass Stimm- und Wahlcouverts geöffnet und wieder verschlossen werden können, ohne dass dies nachher ersichtlich ist?
3. Ist die Regierung bereit, geeignete Massnahmen gegen das Erkennen des Inhalts von Stimm- und Wahlcouverts zu unternehmen (z.B. Innendruck wie bei Couverts, wie sie z.B. von Banken verwendet werden)?
4. Ist die Regierung bereit, geeignete Massnahmen gegen unbemerktes Öffnen und Wiederverschliessen von Stimm- und Wahlcouverts zu unternehmen (z.B. Verwendung von entsprechend gesicherten Couverts)?

Patrick Hafner

c) Schriftliche Anfrage betreffend Überholverhalten von Zweirad-Fahrern

12.5339.01

Es ist eine täglich zu beobachtende Praxis, dass Zweirad-, insbesondere Velofahrer langsam fahrende oder haltende Motorfahrzeuge rechts überholen, auch wenn sehr wenig Platz vorhanden ist oder sogar bei angezeigter Rechtsabbiegeabsicht des Motorfahrzeugs. Dies zudem zeitweise mit grossem Geschwindigkeitsunterschied oder auch ohne Licht bei Dunkelheit.

Im Weiteren wird im Slalom überholt und anschliessend vor wartenden Motorfahrzeugen angehalten.

Insbesondere das Rechtsüberholen auf engstem Raum und mit grosser Geschwindigkeit ist v.a. für den Zweiradfahrer gefährlich, da die Aufmerksamkeit der Motorfahrzeuglenker hauptsächlich nach vorne gerichtet ist und nach hinten ein "Toter Winkel" besteht.

Die Gesetzeslage ist klar:

Art. 35, Abs. 1 Strassenverkehrsgesetz regelt das Überholen generell.

Art. 42, Abs. 3 der Verordnung regelt die speziellen Vorschriften für Velofahrer: "Radfahrer dürfen rechts neben einer Motorfahrzeugkolonne vorbeifahren, wenn genügend freier Raum vorhanden ist; das slalomartige Vorfahren ist untersagt. Sie dürfen die Weiterfahrt der Kolonne nicht behindern und sich namentlich nicht vor haltende Wagen stellen."

Motorradfahrer müssen nach Art. 47, Abs. 2 Strassenverkehrsgesetz bei stehendem Verkehr ihren Platz in der Kolonne beibehalten.

Art. 606 OBV zeigt den Tarif bei Übertretungen.

Die Adhärenz an die genannten Vorschriften ist im Alltag liederlich. Die entsprechenden Bestimmungen scheinen vielen Verkehrsteilnehmern nicht bewusst zu sein; sie meinen, sich korrekt zu verhalten.

Angesichts der Gefährlichkeit insbesondere des Rechtsüberholens auf zu engem Raum frage ich die Regierung an, ob sie es nicht als sinnvoll erachtet, eine entsprechende Informationskampagne durchzuführen.

Thomas Mall

d) Schriftliche Anfrage betreffend Photovoltaikanlagen

12.5340.01

Wie punktuell zu erfahren ist, können Photovoltaikanlagen offenbar Feuer fangen bzw. sind bei Dachstockbränden involviert. Wenn die Feuer gelöscht werden sollen, ergeben sich bei Tageslicht offenbar Probleme mit möglichen Stromschlägen, so dass nur bei Dunkelheit gelöscht werden kann.

Ich frage die Regierung deshalb an:

1. Wie relevant ist die geschilderte Problematik?
2. Welche Lösungsansätze werden geplant?
3. Welche Lösungsansätze werden realisiert?

Thomas Mall